

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Karl C. Thalheim

Um die Zukunft unserer  
Gesellschafts-  
und Wirtschaftsordnung

Horst Heimann

Überwindung der Spaltung  
Europas und Deutschlands  
durch demokratischen  
Sozialismus

Eine Erwiderung auf  
kritische Stellungnahmen

B 20/73

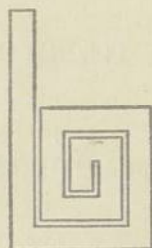
19. Mai 1973

Karl C. Thalheim, Dr. rer. pol., em. o. Prof., Nationalökonom, geb. am 26. Mai 1900 in Reval (Estland), Mitgründer und langjähriger Leiter der Abteilung für osteuropäische Wirtschaft des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung in Köln, des Forschungsbeirates beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mitherausgeber der Zeitschrift „Osteuropa-Wirtschaft“.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialkritik und Sozialreform bei Abbe, Rathenau und Ford, 1929; Autarkie — weder Ziel noch Schicksal, 1933; Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, 1962; Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, 1964; Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung. Gesammelte Aufsätze und Vorträge, 1965. Zahlreiche Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften.

Horst Heimann, geb. 1933, Diplom-Politologe, Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, Studium der Politologie, Geschichte und Philosophie in Berlin und Paris.

Veröffentlichungen: Freiheit als Idee und als Ideologie, in: Der MONAT, April 1966; Israels Wirtschaftsordnung, in: Israel — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, hrsg. v. Kurt Sontheimer, München 1968; Neue Wege des politischen Engagements?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/69 v. 21. Juni 1969; Wissenschaftskonzeption, Pluralismuskritik und politische Praxis der Neuen Linken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/70, v. 4. April 1970; Linke SPD und antirevisionistische Neue Linke, in: Überwindet den Kapitalismus oder wollen die Jungsozialisten?, hrsg. v. Norbert Gansel, Reinbek bei Hamburg 1971.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Um die Zukunft unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

## Prognosen für das Schicksal des Kapitalismus

Es ist nun schon weit mehr als ein Jahrhundert verstrichen seit jener Wirtschaftsordnung, für die sich seit Marx-Engels, Sombart und Max Weber die Bezeichnung „Kapitalismus“ eingebürgert hat, zum ersten Male der sichere Untergang vorausgesagt wurde. Im Revolutionsjahr 1848 schrieben *Marx und Engels* im „Kommunistischen Manifest“:

Mit der Entwicklung der großen Industrie wird... unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“

1913 lesen wir bei *Rosa Luxemburg* in „Die Akkumulation des Kapitals“:

„Der Akkumulationsprozess hat die Bestrebung, überall an Stelle der Naturalwirtschaft die einfache Warenwirtschaft, an Stelle der einfachen Warenwirtschaft die kapitalistische Wirtschaft zu setzen, die Kapitalproduktion als die einzige und ausschließliche Produktionsweise in sämtlichen Ländern und Zweigen zur absoluten Herrschaft zu bringen. Hier beginnt aber die Sackgasse. Das Endresultat einmal erreicht — was jedoch nur theoretische Konstruktion bleibt — wird die Akkumulation zur Unmöglichkeit: Die Realisierung und Kapitalisierung des Mehrwertes verwandelt sich in eine unlösbare Aufgabe... die Unmöglichkeit der Akkumulation bedeutet kapitalistisch die Unmöglichkeit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und damit die objektive geschichtliche Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus.“<sup>1)</sup>

In seiner im Frühjahr 1916 entstandenen *Imperialismus*-Schrift bezeichnete *Lenin* den Im-

perialismus als höchstes — und damit auch letztes — Stadium des Kapitalismus, als „verfaulenden Kapitalismus“<sup>2)</sup>. Auch er sagte dem Kapitalismus den nahen Untergang voraus: „Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“

Vorsichtiger, aber trotzdem hinsichtlich der Zukunft des Kapitalismus ziemlich skeptisch, urteilten zwei der großen Gelehrten, die sich in unserem Jahrhundert besonders intensiv mit der theoretischen Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems beschäftigten:

**Horst Heimann**

**Überwindung der Spaltung Europas  
und Deutschlands durch demokratischen  
Sozialismus . . . . . S. 22**  
**Dokumentarischer Anhang . . . . . S. 33**

Sombart und Schumpeter. In dem 1927 erschienenen Schlußband seines monumentalen Kapitalismuswerkes „Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus“<sup>3)</sup> bezeichnete *Werner Sombart* alle Auffassungen als irrig, die für die Zukunft die Alleinherrschaft eines Wirtschaftssystems voraussetzen; im Wirtschaftsleben der Zukunft würden alle Wirtschaftsarten nebeneinander bestehen, also neben dem Kapitalismus (in der spezifisch Sombartschen Auffassung dieses Begriffes) u. a. Genossenschaftswirtschaft, Gemeinwirtschaft und Eigenwirtschaft. „Sie werden sich innerlich umbilden. Sie werden ihre Anteile verschieben. Aber sie werden da sein.“ Und weiter erklärte *Sombart*: „Alle diejenigen irren, die einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Wirt-

<sup>1)</sup> Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1913 (Ausgabe 1923), S. 335, zitiert nach Paul Jostock, *Der Ausgang des Kapitalismus*, München und Leipzig 1928, S. 109.

<sup>2)</sup> Wl. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: *Lenin, Werke*, dt. Ausgabe, Bd. 22, Berlin(-Ost) 1960, S. 191—309.  
<sup>3)</sup> 2. Halbband, S. 1009/1010, München und Leipzig 1927.

schaftsverfassung und eine plötzliche Änderung der Grundlagen des Wirtschaftslebens erwarten. Auch diese Ansicht verkennt das Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, die immer in der Gestalt einer allmählichen, ‚organischen‘ Umbildung bestehender Zustände sich vollzieht.“

Skeptischer noch zeigt sich Joseph A. Schumpeter in seinem 1942 erschienenen, aber in wesentlichen Teilen schon früher geschriebenen Werk „Capitalism, Socialism and Democracy“<sup>4)</sup>, das, wie immer man zu seinen Schlußfolgerungen stehen mag, zu den noch immer (und wohl noch auf lange hinaus) bedeutendsten Analysen unserer Epoche gehört. Bei ihm heißt es u. a.<sup>5)</sup>:

„Dem kapitalistischen System wohnt eine Tendenz zur Selbstzerstörung inne, die in ihren ersten Stadien sich sehr wohl in der Form einer Tendenz zur Verlangsamung des Fortschritts äußern kann ... Der kapitalistische Prozess zerstört nicht nur seinen eigenen institutionellen Rahmen, sondern schafft auch die Voraussetzungen für einen andern. Zerstörung ist vielleicht letzten Endes nicht das richtige Wort. Vielleicht hätte ich von einer Wandlung sprechen sollen. Das Ergebnis des Prozesses ist nicht einfach eine Leere, die mit irgend etwas, was gerade auftaucht, ausgefüllt werden könnte; Dinge und Seelen werden in solch einer Weise umgewandelt, daß sie der sozialistischen Form des Lebens zugänglicher werden.“

Freilich sieht ein so bedeutender Denker wie Schumpeter — ähnlich wie Sombart — viel zu sehr die Vielschichtigkeit der Bedingungen, unter denen sich menschliche Existenz entwickelt, als daß er für die Zukunft des Kapitalismus eine einzige Möglichkeit akzeptieren würde. Drei Einwände macht er selbst:

„Erstens, daß wir einstweilen nichts über die Art des Sozialismus erfahren haben, der in der Zukunft dämmern mag ... Zweitens, daß wir gleichermaßen noch nichts über den genauen Weg wissen, auf dem das Kommen des Sozialismus zu erwarten sein mag, außer daß es eine Unzahl von Möglichkeiten geben muß, die sich von einer allmählichen Bürokratisierung bis zur farbigsten Revolution erstrecken ... Drittens, daß die verschiedenen Komponenten der Tendenz, die wir zu beschreiben versucht haben, zwar überall sichtbar sind,

aber sich noch nirgends voll enthüllt haben.“

So gibt es denn auch nach seiner Auffassung „keine rein wirtschaftlichen Gründe, weshalb der Kapitalismus nicht noch eine weitere erfolgreiche Runde bestehen sollte“<sup>6)</sup>.

Im Vergleich zu einer so differenzierten Betrachtung erscheint die Kapitalismusanalyse des Sowjetkommunismus grobschlächtig, undifferenziert, eingleisig. In der Nachfolge Lenins ist sie ganz auf die These von dem nahe bevorstehenden, geschichtsnotwendig eintretenden Ende des Kapitalismus eingeschworen. So prophezeit das 1961 angenommene *Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* in der Überschrift seines ersten Abschnittes „die historische Unvermeidlichkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, und es heißt darin<sup>7)</sup>:

„Ein Drittel der Menschheit baut unter dem Banner des wissenschaftlichen Kommunismus ein neues Leben auf. Die ersten Kolonnen der Arbeiterklasse, die das Joch des Kapitalismus abgeschüttelt haben, erleichtern neuen Kolonnen ihrer Klassenbrüder den Sieg. Die Welt des Sozialismus dehnt sich aus, die Welt des Kapitalismus schrumpft. Der Sozialismus wird unausbleiblich überall den Kapitalismus ablösen. Das ist ein objektives gesellschaftliches Entwicklungsgesetz.“

Wenn heute die „Neue Linke“ — meist recht unreflektiert und in undifferenzierter Generalisierung von Tatbeständen, die im einzelnen richtig sind, nicht aber in solcher Verallgemeinerung — unsere gesellschaftliche Situation als „Spätkapitalismus“ bezeichnet, so zeigt sich in der Verwendung dieses Terminus ebenfalls die Auffassung, daß der Kapitalismus in ein Stadium nahe vor seinem Ende eingetreten sei. Gegenstand der Diskussion kann dann höchstens noch die Frage sein, ob die „Systemüberwindung“ durch gewaltsame Revolution oder durch kontinuierlich fortschreitende „Reformen“ erreicht werden kann oder soll.

Eine solche Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung ist, wenn wir in sie die heutige Realität des Ost-West-Verhältnisses einführen, eine sehr einseitige Konvergenztheorie: nicht Entwicklung beider Systeme aufeinander zu, sondern völlige Verdrängung

<sup>4)</sup> Deutsche Übersetzung: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2., erweiterte Auflage Bern 1950.

<sup>5)</sup> Ebda. S. 261/262.

<sup>6)</sup> A. a. O., S. 262—264.

<sup>7)</sup> Zitiert nach Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903—1961, Köln 1962, S. 144.

des „kapitalistischen“ durch das „sozialistische“ System. Sie ist damit das genaue Gegenbild jener westlichen Auffassungen, die lange Zeit hindurch an den unausbleiblichen Zusammenbruch der „östlichen“ sozialistischen Systeme glaubten. Solche Erwartungen waren sicherlich viele Jahre hindurch sowohl ideologisch als auch politisch relevant; sie sind aber im Westen inzwischen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. In den kommunistisch regierten Ländern dagegen spielt die Lehre von dem geschichtsnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und dem ebenso geschichtsnotwendigen Übergang zum Sozialismus noch immer eine sehr bedeutende Rolle<sup>8)</sup>.

Vergleicht man die heutige Wirklichkeit mit den zahlreichen Prognosen, die den nahe bevorstehenden Untergang des Kapitalismus mit Gewißheit voraussagen zu können glaubten (hier konnten dafür nur einige Beispiele gebracht werden), so muß es erstaunen, daß in den meisten entwickelten Industrieländern

ein Wirtschaftssystem sich zu halten vermochte, das durch überwiegendes Individual-  
eigentum an Produktionsmitteln, Unternehmerinitiative sowie Markt- und Preismechanismus charakterisiert ist, das also „kapitalistisch“ ist (wieweit der Begriff „Kapitalismus“ noch auf unsere heutigen Ordnungen zutrifft, wird an späterer Stelle zu erörtern sein). Freilich wird niemand so töricht sein zu bestreiten, daß auch diese Ordnung der „unternehmerischen Marktwirtschaft“ im Laufe der letzten Jahrzehnte erhebliche Veränderungen durchgemacht hat; und ebenso ist es offenkundig, daß auch die Wirtschaftssysteme in den kommunistisch regierten Ländern Wandlungen erlebt haben, die nicht nur formalen Charakter tragen<sup>9)</sup>. Daß durch diese Wandlungen eine Annäherung der Systeme erfolge, ist die zentrale These der Konvergenztheorie. Ihre Vertreter denken dabei in der Regel nicht nur an die Wirtschaft, wenn sie auch meist auf die Veränderung des Wirtschaftssystems das entscheidende Gewicht legen.

## Ein neuer Aspekt der Konvergenztheorie

Horst Heimanns Schrift „Demokratischer Sozialismus in Ost und West“<sup>10)</sup>, mit der er „Anregungen zu einer konkreten Utopie“ geben und zugleich einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung über die Deutschland- und Ostpolitik liefern will, ist in die oben besprochenen groben Schemata, die entweder nur eine „Liberalisierung“ der sowjetsozialistischen Systeme oder einen ausschließlichen Sieg des „Sozialismus“ über den „Kapitalismus“ erwarten, nicht einzuordnen. Sein Ziel ist

*echte Konvergenz*: beide Systeme, das kapitalistische des Westens und das sich sozialistisch nennende des Ostens sollen eine „Annäherung durch inneren Wandel“ erleben: „eine Art Synthese zwischen Sozialismus und Kapitalismus . . . , bei der die Vorzüge beider Systeme zusammengefaßt, ihre Nachteile aber eliminiert werden“<sup>11)</sup>, eine „Synthese von Freiheit und Sozialismus“<sup>12)</sup>. Und nicht nur dieses Ziel, sondern „auch der Weg, die Mittel und Methoden zu seiner Verwirklichung“ sollen demokratische sein, also friedliche Reformen. Die Revolutionskonzeption der jungen Generation erscheint Heimann unreal, weil „in den hochentwickelten Industriegesellschaften keine revolutionäre Situation besteht und revolutionäre Erhebungen daher keine Erfolgchancen haben“<sup>13)</sup>. Viele und große Hoffnungen verbinden sich für den Autor mit einer solchen, auf beiden Seiten sich vollziehenden Entwicklung zum „demokratischen Sozialismus“: vor allem die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, darüber hinaus aber auch die Schaffung

<sup>8)</sup> Wie Brzezinski-Huntington ausführen, „ist die Konvergenztheorie nicht nur eine abstrakte intellektuelle Position, sondern auch eine Quelle des Optimismus für viele und eine Quelle der Rechtfertigung für alle. Die einzigen, die sich der Theorie augenscheinlich nicht anschließen, sind die Sowjets selbst, die entschieden an ihrem eigenen ‚Schwarz-Weiß-Bild‘ von der Welt festhalten . . . Und doch haben selbst die Sowjets ihre eigene These einer ‚Konvergenz auf weite Sicht‘: nämlich die, daß die ganze Welt schließlich kommunistisch sein werde.“ (Zbigniew K. Brzezinski und Samuel P. Huntington, Politische Macht. USA/UdSSR. Ein Vergleich. Köln 1966, S. 26/27).

<sup>9)</sup> Vgl. als neueste zusammenfassende Darstellung: H.-H. Höhmann, M. C. Kaser, K. C. Thalheim (Herausgeber), Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen. 2 Bde., Freiburg i. B. 1972.

<sup>10)</sup> In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36—37/72 vom 2. 9. 1972.

<sup>11)</sup> Heimann, a. a. O., S. 15. Heimann zitiert hier westliche „linke Theoretiker“; doch entspricht die von ihm wiedergegebene Auffassung sicherlich auch seiner eigenen.

<sup>12)</sup> Ebda., S. 19.

<sup>13)</sup> Ebda., S. 25.

der Voraussetzungen für eine friedliche Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands. Dieses wiedervereinigte Deutschland des demokratischen Sozialismus würde damit Modellcharakter für die Entwicklung im Osten wie im Westen gewinnen <sup>14)</sup>.

Diese Vision Heimanns ist so bedeutsam, daß sie einer gründlichen Überprüfung bedarf; denn hier wird den Menschen, die heute in einer sehr unheilen, von tiefen und lebensgefährdenden Gegensätzen zerrissenen Welt leben müssen, das Bild einer heilen Zukunftswelt gezeichnet — noch dazu ein Bild, in dem auch die Lösung unseres schwierigsten und bedrückendsten nationalen Problems, die Wiedervereinigung, seinen Platz findet. Und für den Verkünder dieser nahezu chiliastischen Hoffnung ist sie eine „konkrete Utopie“, eine realisierbare Utopie also. Bisher waren wir Menschen dieses schlimmen Jahrhunderts daran gewöhnt, daß moderne Utopien — im Gegensatz zu den meisten des 18. und 19. Jahrhunderts — eine düstere Zukunftswelt der Unfreiheit und Inhumanität zeichnen, mochte es sich nun um die „brave new world“ des Aldous Huxley oder um die Welt von 1984 George Orwells handeln. Im Gegensatz zu solchen pessimistischen Utopien wagt es nun Horst Heimann, sein Zukunftsbild nach dem „Prinzip Hoffnung“ zu gestalten.

Wer würde bestreiten, daß dies ein Zukunftsbild ist, das begeistern könnte? Bei seiner Verwirklichung wären in der Tat die Gegensätze und Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf einer höheren Ebene „aufgehoben“, das Reich der Freiheit wäre nahe herangekommen. Aber ist das wirklich eine „konkrete Utopie“, wie es der Titel der Heimannschen Schrift verspricht? Oder ist es nicht doch eine bestimmte Ausprägung des „realitätsfernen Utopismus“, den Heimann — mit Recht — der Protestbewegung der „kritischen jungen Generation“ vorwirft <sup>15)</sup>?

Für eine kritische Analyse der Heimannschen Ideen ist es zunächst nötig, die Kräfte zu untersuchen, die nach seiner Meinung zur Konvergenz der Systeme führen werden. Ein großer Teil der westlichen Konvergenztheo-

retiker glaubt, daß es die Gesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft sind, die — ob gewollt oder nicht — zu konvergenter Entwicklung zwingen <sup>16)</sup>. Dieser Auffassung ist Heimann nicht. Für ihn handelt es sich dabei nicht um einen determinierten, vom Wollen und Handeln der Menschen mehr oder weniger unabhängigen Prozeß. Die west-östliche Konvergenz und damit „eine friedliche, gerechte und humane Gesellschaft“ könne, so meint er (S. 17), „nur das Ergebnis bewußten und zielstrebigem politischen Handelns“ sein. Ein auf dieses Ziel gerichtetes politisches Handeln bejaht er aber nicht nur als Voraussetzung einer deutschen Wiedervereinigung, sondern auch um seiner selbst willen; denn nur durch die von ihm für notwendig gehaltene „Überwindung des Kapitalismus“ könne „die notwendige Synthese von Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ geschaffen werden (S. 28).

Gibt man aber die These auf, daß Konvergenz das Ergebnis der Sachzwänge moderner Industriegesellschaften ist und als solche geschichtsnotwendig, unabhängig von den heute herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, die Entwicklungen im Osten ebenso wie im Westen bestimmt, dann macht man ihre Verwirklichung zu einer Sache voluntaristischer Entscheidungen. Die Beantwortung der Frage, ob es zur Konvergenz kommt oder nicht, bekommt damit einen erheblichen Unsicherheitsgrad. Da Heimann aber — nach meiner Meinung zu recht — selbst nicht an die Zwangsläufigkeit der Konvergenz glaubt, bewegt er sich mit seinen Thesen auf schwankendem Boden. Die Erfüllung seiner Forderungen müßte für unsere eigenen Ordnungen sehr schwerwiegende Konsequenzen haben. Nur dann könne, so sagt Heimann selbst, die westliche Politik wirksam zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und damit zur Neuvereinigung Deutschlands beitragen, wenn sie „durch systemüberwindende innere Reformen das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schrittweise verändert“. Nur wenn sich die westlich-kapitalistische Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus entwickle, könnten sich in Osteuropa die Anhänger eines demokratischen Sozialismus mit menschlichem Gesicht durchsetzen (S. 20).

Ich will hier die Frage nicht erörtern, ob dieses so apodiktisch behauptete „Nur wenn . . .“

<sup>14)</sup> Nur am Rande sei angemerkt, daß Heimann gegenüber dem Ost-West-Gegensatz, den er durch Konvergenz in Richtung auf demokratischen Sozialismus beseitigen will, den „Nord-Süd-Gegensatz“, d. h. das Problem des Verhältnisses der entwickelten Industrieländer zu den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, ganz unberücksichtigt läßt.

<sup>15)</sup> Heimann, a. a. O., S. 24/25.

<sup>16)</sup> Vgl. dazu die umfassende und gründliche Untersuchung von Kurt Dopfer, Ost-West-Konvergenz. Werden sich die östlichen und westlichen Wirtschaftsordnungen annähern?, Zürich und St. Gallen 1970.

gerechtfertigt ist. Die Auseinandersetzung darüber wird durch die mangelnde begriffliche Präzision der Aussagen Heimanns über den Sozialismus erschwert; davon wird noch die Rede sein. „Systemüberwindende Reformen“ bedeuten für Heimann aber doch offensichtlich Reformen, die zum Sozialismus hinführen, also doch mindestens für große Teile der Ordnungen menschlichen Zusammenlebens Kollektivierung bedeuten. Ist aber die Annahme so völlig unrealistisch, daß eine nichtkollektivistische Ordnung, im Wirtschaftsleben also eine unternehmerische Marktwirtschaft, wenn sie mit einem entsprechenden Maß sozialer Sicherungen und Interventionsmöglichkeiten ausgestattet ist, die Massenwohlstand, ein hohes Maß individueller Freiheit und ein ausreichendes Maß sozialer Sicherung bietet, nicht auch für die Masse der Arbeitnehmer attraktiv sein kann? Mindestens die USA bieten doch ein Beispiel dafür; trotz der Existenz zahlenmäßig nicht unbedeutender Gruppen von Unterprivilegierten haben hier sozialistische, geschweige denn kommunistische Ideen nie nennenswert Boden gewinnen können, sie haben sich als Basis der Bildung politischer Parteien ganz unbrauchbar erwiesen, und die amerikanischen Gewerkschaften treten zwar sehr massiv für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder ein, der Gedanke an „systemüberwindende Reformen“ liegt ihnen und offenbar dem größten Teil ihrer Mitglieder jedoch sehr fern.

Aber auch wenn man die Meinung akzeptiert, daß die Menschen in den osteuropäischen Ländern in ihrer Mehrheit für eine nichtsozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht zu gewinnen seien: wer gibt auch nur eine bescheidene Sicherheit dafür, daß von solchen systemverändernden Reformen in Westeuropa wirklich eine „ansteckende“ Wirkung auf die übrigen Länder des östlichen Paktsystems ausgehen würde? Heimann glaubt, das vom Beispiel der Tschechoslowakei 1968 behaupten zu können, ohne aber einen Beweis dafür zu bringen. Es liegt mir fern, die Möglichkeit einer solchen „Ansteckung“ bestreiten zu wollen; noch weniger aber darf man, so meine ich, die Hemmungskräfte für ihre Ausbreitung übersehen und die Machtmittel unterschätzen, die den Herrschenden mit den heutigen politischen Systemen im Osten in die Hand gegeben sind<sup>17)</sup>. Schon die unbedingte Herr-

schaft über die große Mehrzahl der Informationsmedien würde es diesen Herrschenden ermöglichen, die Information der Beherrschten in engen Grenzen zu halten. Man sehe sich dazu einmal die Informationen an, die die Bevölkerung der DDR in der Zeit des „Prager Frühlings“ von ihren eigenen Massenmedien über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei und die Ideen der tschechoslowakischen Reformer erhielt!

Mir scheint, daß Heimann — und bei ihm als Politologen wirkt das seltsam — den Faktor der *Macht* hier beträchtlich unterschätzt. Die neuen Führungsschichten in Osteuropa, die durch das, was sie Sozialismus nennen, in den Besitz der Macht gekommen sind, werden gewiß nicht freiwillig auf diese Macht und all die Annehmlichkeiten, die deren Besitz und Gebrauch mit sich bringt, verzichten. Die „führende Rolle der Partei“ (das bedeutet: der Führungsgremien der Partei) gehört zu den eisern behaupteten Grunddogmen, und die Gefährdung dieser Führungsrolle durch den Emanzipationsprozeß, der sich in der Tschechoslowakei abspielte, ist sicherlich der entscheidende Grund für die militärische Intervention des 21. August 1968 gewesen; ich bin überzeugt davon, daß die Wirtschaftsreformen allein — so wenig sympathisch sie sicherlich der Führung im Kreml waren — eine so extreme Reaktion nicht hervorgerufen hätten.

Die Bedeutung dieses Tatbestandes wurde in den Diskussionen, die damals SED-Ideologen mit den tschechoslowakischen Reformern führten, sehr deutlich. Ein Beispiel dafür: Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei veröffentlichte Prof. Dr. Gerhard Schulz vom Institut für Gesellschaftswissenschaften der SED im „Neuen Deutschland“<sup>18)</sup> einen langen Artikel unter dem Titel „Die untaugliche Konzeption Ota Šiks“, in dem er Šik und seine Gesinnungsgenossen als Kräfte bezeichnete, „die nicht von marxistisch-leninistischen Grundpositionen ausgingen und deren Vorschläge daher auf eine Unterhöhlung der entscheidenden Grundlagen des Sozialismus hinausliefen“. Kennzeichnender Weise stellte Schulz an der Spitze der Vorwürfe, die er Šik machte, nicht ökonomische, sondern politische Argumente, nämlich Untergrabung der führenden Rolle der Partei „auf dem entscheidenden Gebiet der Gesellschaft, in der Wirtschaft“, sowie Abbau der ökonomischen Rolle des sozialistischen Staates, vor allem der zentralen staatlichen Planung und Leitung.

<sup>17)</sup> An anderer Stelle (S. 25) prägt Heimann selbst die ausgezeichnete Formulierung, daß der „herrschende Kommunismus ... noch immer der Kommunismus der Herrschenden ist.“

<sup>18)</sup> „Neues Deutschland“ vom 21. 9. 1968.

An dieser Auffassung der kommunistischen Führungsschichten hat sich in den seither vergangenen 4<sup>1/2</sup> Jahren kaum etwas geändert — ganz bestimmt nicht in der DDR. Das zeigt die kompromißlose Schärfe, mit der gerade jetzt im Zeichen der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik, der Verhandlungen zwischen Bundesrepublik und DDR und des Grundvertrages die Notwendigkeit entschiedener ideologischer Abgrenzung betont wird. So sagte Erich Honecker, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, in einer Rede in der Parteihochschule der SED „Karl Marx“<sup>19)</sup> zwar, daß friedliche Koexistenz mehr sei als nur ein Zustand des Nichtkrieges, daß sie auch Zusammenarbeit bedeute und daß deshalb die Rede sei von einem friedlichen Nebeneinander, ja Miteinander. Gewiß im Vergleich zur Vergangenheit bemerkenswerte Worte<sup>20)</sup>! Aber Honecker beiläufig hinzuzufügen: „dazu stehe die objektiv vorhandene Abgrenzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht im Widerspruch, sie sei vielmehr eine Grundbedingung für unsere konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz. Friedliche Koexistenz bedeute aber kein Verwischen ideologischer Gegensätze. Sie schließe die ideologische Auseinandersetzung nicht aus, sondern setze zielstrebige Arbeit bei der Verbreitung unserer sozialistischen Ideologie in der DDR und im Kampf gegen die imperialistischen Versuche ideologischer Diversion voraus.“

Ganz ähnliche Gedanken waren im Herbst 1972 in der „Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“ und der vom Zentralkomitee der SED herausgegebenen Zeitschrift „Einheit“ vertreten worden, in deren Heft 8 des Jahrgangs 1972 sich meh-

rere Aufsätze mit dem Thema der „friedlichen Koexistenz“ beschäftigten. U. a. hieß es darin in einem von einem Autorenkollektiv (Jochim Böhm, Bruno Mahlow, Manfred Uschner) verfaßten Aufsatz „Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz im Klassenkampf der Gegenwart“<sup>21)</sup>:

„Der Klassenfeind ist... nicht untätig. Er versucht, die abnehmende Ausstrahlungskraft seines eigenen Systems durch steigenden Aufwand und zunehmende Raffinesse seiner Propaganda wettzumachen und sich in den Argumenten und Methoden des ideologischen Kampfes auf die heutigen Bedingungen einzustellen, um die ideologische Offensive des Sozialismus, wenn nicht zu verhindern, so doch abzubremsen. Dazu dient das in seinem Wesen heuchlerische und gefährliche Schlagwort von der ‚ideologischen Koexistenz‘. Diese Forderung widerspricht dem Sinn der friedlichen Koexistenz, denn dieser bedeutet ja, daß der Kampf der beiden Systeme auf allen Gebieten außer dem militärischen, also gerade auch auf ideologischem Gebiet, geführt wird. Sie steht auch der Politik der friedlichen Koexistenz darum entgegen, weil der ideologische Kampf, wie wir gesehen haben, notwendige Voraussetzung für deren Realisierung ist. Die Forderung nach ‚ideologischer Koexistenz‘ hat also lediglich den Zweck, den Sozialismus am offensiven ideologischen Kampf zu hindern, Raum für das Eindringen imperialistischen Gedankengutes zu schaffen.“

Diesen wenigen Beispielen könnten aus der DDR, der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern unzählige andere an die Seite gestellt werden. Heimann<sup>22)</sup> verschließt sich nicht der Einsicht, daß die Konvergenztheorie von den kommunistischen Parteien Osteuropas scharf abgelehnt wird, und er stellt selbst die Frage, ob daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen werden muß, „daß es illusionär wäre, eine friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die Neuvereinigung Deutschlands durch eine Synthese beider Systeme für möglich zu halten.“ Er ist auch realistisch genug, in diesem Zusammenhang an die Intervention in der Tschechoslowakei am 21. August 1968 zu erinnern.

Aber er glaubt trotz dieser Ablehnung der Konvergenztheorie durch die östlichen Machthaber die Möglichkeit der Realisierung seiner Vision bejahen zu können, da sie

<sup>19)</sup> „Neues Deutschland“ vom 6. 2. 1973.

<sup>20)</sup> Im Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1961 heißt es im Kapitel VIII des ersten Teils (nachdem kurz vorher „die heutige rechte Sozialdemokratie“ als „die wichtigste ideologische und politische Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“ bezeichnet wird): „Die friedliche Koexistenz bildet die Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Maßstab und stellt eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen ihnen dar. Indem die sozialistischen Länder sich konsequent für die friedliche Koexistenz einsetzen, streben sie nach unablässiger Festigung der Positionen des sozialistischen Weltsystems in seinem Wettstreit mit dem Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz hat die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder günstigere Kampfmöglichkeiten, fällt es den Völkern der kolonialen und abhängigen Länder leichter, für ihre Befreiung zu kämpfen.“ (Zitiert nach Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 184).

<sup>21)</sup> a. a. O., S. 979.

<sup>22)</sup> Heimann, a. a. O., S. 16 ff.



„eine Konzeption und eine praktische Politik für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes nicht unmöglich“ mache. Der Grund für die östliche Ablehnung der Konvergenztheorie sei nicht in einem unabänderlichen theoretischen Prinzip zu sehen, sondern in dem verstärkten politischen und ideologischen

Erosionsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers, „also in realen politischen Faktoren, die sich ändern können“. Eine solche Änderung, so meint Heimann, wäre vor allem dann zu erwarten, wenn das westliche kapitalistische System sich zum Sozialismus entwickele.

## Zum Begriff des demokratischen Sozialismus

Die Auseinandersetzung mit dieser für Heimanns Gedankengang zentralen These wird freilich dadurch erschwert, daß er einige dafür sehr wichtige Begriffe nicht oder nur undeutlich definiert, nicht zuletzt den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ in Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus sowjetischer Prägung. Unter „Sozialismus“ subsumiert er (S. 26) so verschiedene „Strömungen“ wie „die sozialdemokratische, die christliche, die kommunistische und die Neue Linke“, und er postuliert, daß sie zusammengefaßt „trotz unterschiedlicher Tendenzen“ zu einer politischen Kraft werden könnten, die stark genug wäre, „in Ost und West systemüberwindende Tendenzen in Richtung eines demokratischen Sozialismus durchzusetzen“. Das kann aber doch nur bedeuten, daß nach Heimanns Meinung die Verwandtschaft zwischen all diesen von ihm dem Sozialismus zugerechneten Richtungen größer ist als zwischen ihnen und irgendeiner nichtsozialistischen Form des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Diese These Heimanns erschreckt mich. Ich glaubte bisher — was mir nach wie vor durch viele Aussprüche führender westdeutscher Sozialdemokraten bekräftigt zu sein scheint —, daß die westdeutsche Sozialdemokratie mit dem Kommunismus in allen seinen uns bisher bekannten realen Erscheinungsformen wesentlich weniger verwandt ist als mit einer „bürgerlichen“ Demokratie. Für sie beide ist doch die Bejahung der westlichen Formen der Demokratie und die Erhaltung einer optimalen Freiheitssphäre des Individuums ein zentrales Anliegen; für den realen Kommunismus ist sie es nicht. Selbst in der „liberalsten“ Form, in der uns Kommunismus heute begegnet, der jugoslawischen, werden der intellektuellen Auseinandersetzung und der Wirksamkeit autonomer gesellschaftlicher Kräfte relativ enge Grenzen gezogen.

Hier macht sich nun eben die Unschärfe bemerkbar, mit der Heimann den Begriff „Sozia-

lismus“ behandelt. Der Autor weiß doch genau, wie vieldeutig und schillernd dieser Begriff in der Geschichte der Sozialwissenschaften und der Gesellschaftspolitik gewesen ist. Ein so guter Kenner dieser Geschichte wie Carl Grünberg schrieb vor 40 Jahren<sup>23)</sup>:

„Was den Begriff des Sozialismus anbelangt, so identifiziert ihn der herrschende Sprachgebrauch regelmäßig mit dem des Kommunismus. Er umfaßt jene Theorien und jene Massenbewegungen, die — in bewußtem Gegensatz zum Privateigentum als der überlieferten Grundlage unserer herrschenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung — den Neuaufbau der letzteren auf Basis des Gemein(Kollektiv-)eigentums fordern und anstreben. Diese Forderung eignet sämtlichen sozialistischen Doktrinen und sie bildet das Kriterium für die Zugehörigkeit eines Systems gesellschaftlicher Reform zum Sozialismus“.

Dies ist offensichtlich nicht der Sozialismusbegriff Heimanns. Für ihn sind Sozialismus und Kommunismus nicht identisch<sup>24)</sup>, wie es Grünberg vom (damals) herrschenden Sprachgebrauch feststellte, sondern der Kommunismus ist für ihn eine der verschiedenen Subkategorien des Sozialismus. Auch das von Grünberg so stark betonte Kollektiveigentum an Produktionsmitteln spielt für Heimann keine zentrale Rolle. Er sagt dazu (S. 22):

„Wenn auch im Rahmen systemüberwindender Reformen die private Verfügungs-

<sup>23)</sup> Im Artikel „Sozialistische Ideen und Lehren. I. Sozialismus und Kommunismus“, Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. Auflage. Bd. 3. Jena 1933, S. 273.

<sup>24)</sup> Sie waren es auch für Marx nicht. In seinen aus dem Nachlaß herausgegebenen Bemerkungen „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ (des „Gothaer Programms“) unterschied er die erste und die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft. In der Sprache des Sowjetkommunismus werden diese beiden Phasen heute als Sozialismus und Kommunismus bezeichnet.

gewalt der wenigen Eigentümer über die Produktionsmittel abzubauen ist, so wird doch die Verstaatlichung nur von den Apologeten des Kapitalismus und von den Vulgärmarxisten als Hauptproblem angesehen.“

Was aber ist Sozialismus dann? Man wird schwerlich behaupten können, daß die von Heimann auf diese Frage gegebene Antwort sehr klar und exakt sei. „Eine gesellschaftlich geleitete und kontrollierte Wirtschaftsordnung“, die neue Kriterien für ökonomische Entscheidungen und Prioritäten erforderlich macht, Sozialismus als „nicht nur ein institutionelles und technokratisches, sondern auch ein normatives Problem“ (S. 22) — das sind Formulierungen, mit denen recht verschiedene Vorstellungen von der Realisierung des Sozialismus in den Ordnungsformen menschlichen Zusammenlebens verbunden werden können.

Deutlicher wird die Einstellung des Autors allerdings, wenn man den mehrfach wiederkehrenden Terminus der „systemüberwindenden Reformen“ einbezieht. Heimann sagt ganz deutlich, daß er darunter die Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“, d. h. auch des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland versteht. Nun gibt er freilich für den „Kapitalismus“ genau so wenig eine klare Definition wie für den „Sozialismus“. Aber die Notwendigkeit der „Überwindung“ dieses Systems wird von ihm eindeutig bejaht; sie erscheint ihm so selbstverständlich, daß er auf die Beibringung von Argumenten zum Beweis dieser Notwendigkeit fast ganz verzichtet.

In der Tat ist ja die Gleichsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der entwickelten westlichen Industrieländer mit „Kapitalismus“, meist unter Anwendung der oben schon erwähnten Bezeichnung „Spätkapitalismus“, für die „Neue Linke“ generell geradezu ein Axiom, das keiner Diskussion bedürftig ist. Aber ist denn unser heutiges „System“ wirklich noch identisch mit dem, was Marx als die „kapitalistische Produktionsweise“, was Sombart, Max Weber und unzählige andere als „Kapitalismus“ bezeichneten? Sind seine Angriffsflächen die gleichen und gleich groß wie vor 125 Jahren, als Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ den schärfsten Angriff gegen die bürgerliche Klassengesellschaft richteten und mit ihrer Verheißung der an ihre Stelle tretenden „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwick-

lung Aller ist“, eine ähnlich heile Welt der Zukunft verkündeten, wie Horst Heimann das, wenn auch mit anderen Worten, tut?

„Kapitalismus“ bedeutet, wie auch immer man sonst dies vieldeutige Wort auslegt, ein Wirtschaftssystem, in dem Menschen, die keine Produktionsmittel besitzen, als Arbeiter oder Angestellte ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen und dadurch die Grundlage ihrer materiellen Existenz (oder doch wenigstens für deren entscheidenden Teil) erarbeiten. Solche Menschen — und *nur* solche Menschen, nicht aber kleine Selbständige, deren materielles Niveau vielleicht ebenso schlecht oder noch schlechter war — nannte Marx Proletarier.

Die Kritik am Kapitalismus richtete sich zunächst gegen die materielle und soziale Lage der Proletarier, die auf Grund ihrer Eigentumslosigkeit den privaten Eigentümern der Produktionsmittel unterlegen waren und deshalb von ihnen „exploitiert“, ausgebeutet wurden. Dabei übersahen Marx und Engels keineswegs die von der „Bourgeoisie“ erbrachte ökonomische Leistung<sup>25)</sup>. Aber infolge der „Ausbeutung“ konnte nach der Auffassung der geistigen Väter des klassischen Marxismus im „Kapitalismus“ die Lage des Proletariats niemals grundsätzlich verändert werden, da in diesem System der „Grundwiderspruch des Kapitalismus — der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung“<sup>26)</sup> — nicht überwunden werden könne. Das kann nach der Meinung aller Marxisten (und nicht nur der Marxisten) nur durch „Systemüberwindung“ erreicht werden.

Kapitalismus ist nach dieser Auffassung also eine Weise des Wirtschaftens, die den Kapitalbesitzern nicht nur ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, sondern auch eine Machtposition verschafft, die zunächst ökonomische Macht ist, allerdings im Marktgeschehen sehr eingeschränkt durch die Konkurrenz, sicherlich aber ökonomische Macht gegenüber den kapitallosen Arbeitnehmern, die aber darüber hinaus auch in politische Machtpositionen transformiert werden kann. Den grundsätzlich gleichen Charakter glaubt die „Neue Linke“ auch der heutigen Epoche zusprechen zu dürfen; wenn sie diese als

<sup>25)</sup> Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen.“

<sup>26)</sup> So im Programm der KPdSU von 1961; Meissner, a. a. O., S. 147.

„Spätkapitalismus“<sup>27)</sup> bezeichnet, so liegt in dieser Formulierung bereits die These, daß diese Wirtschaftsweise ihrem Ende zugeht — einem Ende, das durch einen revolutionären Umbruch herbeigeführt werden soll. Die Annahme der Notwendigkeit eines revolutionären Umbruchs bezieht sich, wie ausdrücklich bemerkt sein mag, nicht auf Heimann, der in der Kategorie der „systemüberwindenden“ *Reformen* denkt — aber eben doch mit dem Ziel der Systemüberwindung.

Solche „Systemüberwindung“ ist aber nicht vorstellbar ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, we-

nigstens an deren überwiegendem Teil<sup>28)</sup>. Insofern scheint mir die ältere Grünbergsche Definition des Sozialismus für die Erkenntnis des Wesens einer sozialistischen Ordnung wesentlich fruchtbarer als die recht unbestimmten Heimannschen Formulierungen. Reformen der Art, an die Heimann offenbar denkt, können sehr wohl *innerhalb* des Systems einer unternehmerischen Marktwirtschaft realisiert werden, sie setzen keine „Systemüberwindung“ voraus — es sei denn, man setze das heutige Wirtschaftssystem immer noch mit dem liberalen Kapitalismus des beginnenden 19. Jahrhunderts gleich.

## Ist „Systemüberwindung“ notwendig?

Gerade die Gleichsetzung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der meisten entwickelten westlichen Industrieländer, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, mit dem liberalen Kapitalismus ist der Irrtum, durch den ein großer Teil der Kritik der „Neuen Linken“, aber auch mancher Anhänger eines demokratischen Sozialismus, die sich keineswegs zur „Neuen Linken“ rechnen, unrealistisch wird. Die wirtschaftliche und soziale Welt von 1973 ist recht verschieden von der Welt des Jahres 1848, in dem Marx und Engels das Kommunistische Manifest schrieben. Eine umfassende Auseinandersetzung mit der heutigen „Kapitalismus“-Kritik wäre in der hier vorgelegten kleinen Studie schon aus räumlichen Gründen unmöglich. Sechs nach meiner Auffassung erstrangig wichtige Punkte möchte ich jedoch hervorheben:

1. Die *staatliche Sozialpolitik und Sozialversicherung* haben in die Marktwirtschaft und damit auch in den Arbeitsmarkt weit mehr soziale Sicherungen eingebaut, als Marx und Engels das vermutlich je für möglich gehalten hätten. Die Marktstellung der „Arbeitnehmer“ ist dadurch im Vergleich zu früher beträchtlich verbessert worden.

<sup>27)</sup> Vgl. dazu als kritische Analyse u. a. Christian Watrin, *Spätkapitalismus?* In: *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*, Köln 1968, S. 40—61.

<sup>28)</sup> Hier ist nur ein Hinweis auf die wichtige Frage möglich, ob sich aus den Lehren des klassischen Marxismus die Forderung totaler „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel ergibt oder ob diese nicht auch nach den genannten Lehren mindestens in den Fällen in Privateigentum belassen werden könnten, in denen ihre Nutzung ausschließlich durch den Eigentümer erfolgt (Kleinbauern, Einzelhandwerker).

2. Eine kaum geringer zu wertende Verbesserung ist durch das Wirken der *Gewerkschaften* erreicht worden, deren Bedeutung für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer von Marx beträchtlich unterschätzt wurde.

3. Eine der Grundannahmen der Marxschen Theorie, die Existenz und wachsende Bedeutung einer „*industriellen Reservearmee*“ in den industriell entwickelten Ländern, ist durch die Tatsachen weitgehend widerlegt worden. Dauernde Massenarbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung ist heute gerade für viele industriell unterentwickelte Länder charakteristisch.

4. Fast in allen entwickelten westlichen Industrieländern befinden sich nicht geringe Teile des Produktivkapitals in *öffentlichem Eigentum*.

5. Die durch Technik und Wirtschaftssystem ermöglichte *gewaltige Produktionssteigerung* verbunden mit dem Wandel der Sozialstruktur (starke Zunahme des Anteils der Unselbständigen) ließ die Nachfrage der Arbeitnehmer und damit deren Kaufkraft zu einem wichtigen Element kontinuierlicher Wirtschaftsentwicklung werden. Der Lohn ist also auch für die Unternehmer nicht mehr nur Kostenfaktor, sondern auch Kaufkraftträger.

6. In einer *parlamentarischen Demokratie* mit allgemeinem gleichem Stimmrecht hat die Arbeitnehmerschaft auf Grund ihrer beträchtlichen Zahl — auch wenn sie verschiedenen Parteien angehört — einen bedeutenden Einfluß auf die *Gesetzgebung*.

Durch all diese und noch andere Entwicklungen — es handelt sich bei den genannten

sechs Punkten keineswegs um eine vollständige Aufzählung — ist (namentlich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges) sowohl die ökonomische als auch die politische Machtstellung der Kapitaleigner so erheblich eingeschränkt worden, daß mindestens für einen Teil der entwickelten Industrieländer die mit soviel Emotionen befrachtete Bezeichnung „Kapitalismus“ nicht oder nur noch sehr bedingt zutrifft. Daß eine solche Feststellung nicht „bürgerliche Apologetik“ ist, dafür möge ein bedeutender sozialistischer Denker, *Eduard Heimann*, Zeugnis ablegen. In seinem 1961 abgeschlossenen Buch „Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme“<sup>29)</sup> heißt es:

„Die Wirklichkeit ist in ihrer Kombination von Tatsachen viel weniger streng als die Theorie, und jedenfalls hat das System, in welchem die kapitalistischen Institutionen von Privat- und Aktieneigentum, Markt, Konkurrenz und Monopol heute angetroffen werden, sie mit so vielen Institutionen anderen Ursprungs und Zweckes kombiniert oder durch diese reguliert, daß selbst der alte Name Kapitalismus in seiner Gültigkeit für das neue System zweifelhaft wird.“

Der subtile Gedankengang Eduard Heimanns, den er zuerst in seinem 1929 erschienenen Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ entwickelte, besagt, daß der Kapitalismus ohne die Hereinnahme der sozialen Sicherungen nicht hätte weiterleben können, obwohl er gerade dadurch entscheidend umgewandelt, d. h. immer weniger „Kapitalismus“ wurde. Diese im System vor sich gegangene Veränderung will freilich ein großer Teil seiner heutigen antikapitalistischen Kritiker nicht sehen. Wenn diese so gern und oft bei Andersdenkenden „undifferenzierten Antikommunismus“ feststellen wollen, so kann ihrer Kritik an unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit nicht geringerem Recht „undifferenzierter Antikapitalismus“ vorgeworfen werden.

Die heutige Kritik am „Kapitalismus“ richtet sich im allgemeinen kaum gegen seine ökonomische Leistungsfähigkeit. Diese Leistungsfähigkeit war ja, wie sich aus dem Zitat in Anm. 25 ergibt, auch von Marx anerkannt worden. Man muß schon recht blind gegenüber der Wirklichkeit sein, wenn man nicht sieht, welche gewaltige dynamische Kräfte durch die unternehmerische Marktwirtschaft entfesselt worden sind und noch immer entfesselt werden.

<sup>29)</sup> Tübingen 1963, S. 139.

Deshalb richtet sich auch die Kapitalismuskritik vor allem gegen die behaupteten Auswirkungen dieses Systems auf die soziale Lage der Arbeitnehmer und auf die Grundbedürfnisse menschlicher Existenz, für die heute immer häufiger der *vieldeutige* Ausdruck „Qualität des Lebens“ gebraucht wird; oder aber es wird, noch fundamentaler, der Wert dieser ökonomischen Leistung in Zweifel gezogen oder negiert. Man kann unter „Qualität des Lebens“ sehr viel verstehen: „Umweltfreundlichkeit“ der wirtschaftlichen Prozesse und der Anwendung ihrer Ergebnisse (vor allem des PKWs), genügend Freizeit ebenso wie deren sinnvolle Nutzung, Befreiung von der „Entfremdung“, Berücksichtigung ästhetischer Werte und noch manches andere mehr. Negativ ist darunter vor allem zu verstehen, daß der Sinn menschlicher Existenz nicht nur in maximaler Produktion und maximalem Konsum materieller Güter bestehen darf. Verfolgt man diesen Gedanken aber weiter, so kommt man bald an die Grenzen der Möglichkeiten, die sich durch die Gestaltung der Wirtschaft ergeben. Ein noch so gutes Wirtschaftssystem kann immer nur die Grundlagen für sinnerfüllte menschliche Existenz schaffen, niemals aber selbst der Existenz der Mehrzahl der Menschen Sinn geben. Sicherlich steckt in der genannten Kritik an ungünstigen Wirkungen der modernen Wirtschaft und Technik Richtiges und Wesentliches, und ebenso sicher ist dieses Richtige und Wesentliche in der Vergangenheit vielfach übersehen oder zu gering eingeschätzt worden<sup>30)</sup>. Ebensowenig soll bestritten werden, daß ein Wirtschaftssystem, in dem Gewinnerzielung eine der wichtigsten motorischen Kräfte ist, solcher Überbewertung der materiellen Werte Vorschub leistet, ja sogar im Interesse der Gewinnerzielung Wertloses

<sup>30)</sup> Horst Heimann (S. 20—22) beschränkt seine Kritik am Kapitalismus im wesentlichen auf die ungerechte Vermögensverteilung, die Herausnahme der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse aus demokratischer Meinungs- und Willensbildung und Kontrolle, die Orientierung ökonomischer Entscheidungen am Gesichtspunkt des höchsten Profits und, daraus resultierend, eine Produktion „an den wirklichen Bedürfnissen vorbei“. So sicher in allen 4 Punkten Richtiges steckt, so sicher lassen sich auch in allen Punkten schwerwiegende Einwände gegen die Heimannsche Argumentation machen. So geht Heimann z. B. bei seiner Kritik an der Vermögensverteilung von den bekannten Krelleschen Zahlen über die Verteilung des industriellen Produktivvermögens aus, argumentiert aber im weiteren so, als ob es sich um die Vermögensverteilung schlechthin handele. Auch die Behauptung vom Vorbeiproduzieren an den wirklichen Bedürfnissen ist in dieser Form undifferenziert und weit übertrieben.

mit allen Künsten der Reklame in den Rang von Wertvollem oder sogar Notwendigem zu erheben versucht. So gewiß diese Tatbestände eine der unerfreulichen Seiten unserer Wirtschaftsordnung bilden, so wird doch ihre größenmäßige Bedeutung von vielen Kapitalismus-Kritikern erheblich überschätzt. Der Verzicht auf das Unnötige, in einigen Fällen sogar Schädliche würde nur einen kleinen Teil der Arbeitsleistung ersparen, die heute den Menschen in den fortgeschrittenen Industrieländern abverlangt wird — es sei denn, ein großer Teil dieser Menschen wäre bereit zu einem puritanischen Dasein, in dem wirtschaftliche Tätigkeit nur das Lebensnotwendige bereitzustellen hätte. Und dafür, daß in naher Zukunft ein großer Teil der lebenden Menschen einen derartigen Puritanismus zu akzeptieren und zu realisieren bereit wäre, scheint mir keinerlei Wahrscheinlichkeit gegeben zu sein.

Hier könnte der Einwand kommen, daß bei einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung, vor allem durch Beschränkung der Besitzeinkommen, der Luxuskonsum vor allem der „müßigen Reichen“ beschränkt werden könne. Diese These ist zwar an sich richtig, nicht aber die daraus gezogene Konsequenz. Es wird dabei etwas übersehen, was an sich eine Banalität ist (aber bei der weitverbreiteten Unkenntnis auch banaler wirtschaftlicher Tatbestände und Zusammenhänge ist es leider notwendig, auch Banalitäten immer wieder zu sagen): ein beträchtlicher Teil der höheren und hohen Einkommen wird nämlich nicht zur Konsumfinanzierung verwendet, sondern in Kapital umgewandelt und dient damit der Investitionsfinanzierung. Eine völlig gleichmäßige Einkommensverteilung, bei der die niedrigen Einkommen fühlbar stiegen, würde deshalb mit Sicherheit sogar zu einer insgesamt vergrößerten Nachfrage nach Konsumgütern (unter Einschluß der für die individuelle Bedarfsdeckung bestimmten Dienste, z. B. Wohnraumversorgung und Tourismus) führen; damit würde es notwendig, neue Wege (z. B. der Besteuerung) zu finden, um die Mittel für die Investitionsfinanzierung sicherzustellen. Investitionen sind aber eine mit keiner Dialektik hinwegzudiskutierende Notwendigkeit, solange Bevölkerung, Bedürfnisse und Wirtschaft wachsen.

Hier höre ich schon den Einwand: aber warum muß denn die Wirtschaft wachsen? Wenn heute in den entwickelten Industrieländern zwischen einem Fünftel und einem Viertel des Volkseinkommens für Investitionen (die sozialistische Theorie sagt „Akku-

mulation“) aufgewendet werden<sup>31)</sup>, so könnte der Verzicht auf Wachstum doch die auf den Menschen liegende Arbeitslast beträchtlich verringern. Eine solche Kritik findet um so mehr Gehör, als seit einiger Zeit die Sorge vor den negativen Wirkungen eines weiteren raschen Wachstums beträchtlich zugenommen hat, da offenbar die Gefahren der „Umweltverschmutzung“ und des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen unseres Planeten um so größer werden, je rascher das Wachstum ist.

Besonders alarmierend haben in dieser Beziehung die Ergebnisse einer am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge durchgeführten Untersuchung gewirkt, die auch in deutscher Übersetzung erschien<sup>32)</sup>. Die sehr pessimistischen Schlußfolgerungen des an dieser Untersuchung beteiligten Forscherteams von Naturwissenschaftlern sind jedoch bei anderen hochqualifizierten Fachleuten, besonders Nationalökonomern, auf scharfen Widerspruch gestoßen. Der in London lehrende englische Nationalökonom Wilfred Beckerman, langjähriges Mitglied der Royal Commission on Environmental Pollution, hat diese Untersuchung kürzlich in einem am Institut für Weltwirtschaft in Kiel gehaltenen Vortrag<sup>33)</sup> bezeichnet als „ein so dreistes und schamloses Stück Unsinn...“, daß es unmöglich von jemandem ernst ge-

<sup>31)</sup> In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den letzten Jahren z. T. noch höhere Anteile erreicht. So verteilte sich im Jahre 1971 z. B. das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 756,1 Mrd. DM folgendermaßen:

Privater Verbrauch	54,3 %
Staatsverbrauch	17,0 %
Investitionen	27,3 %
Außenbeitrag (Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr)	1,4 %

(Statistisches Jahrbuch für die BRD 1972, S. 523).

<sup>32)</sup> Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972. Dieser Bericht wird von Horst Heimann (S. 22) als Beweis für den „durch die Orientierung am Profit bedingten Sachzwang des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems“ angeführt. Heimann übersieht dabei völlig, daß es gerade die sowjetkommunistischen Länder sind, die das Wirtschaftswachstum geradezu zum Idol ihrer Wirtschaftspolitik gemacht haben. Die Probleme der Umweltverschmutzung beschränken sich auch keineswegs auf „kapitalistische“ Länder; sie machen z. B. der Führung in der DDR nicht geringe Sorgen. Vgl. dazu auch Hans Hermann Hohmann und Gertraud Seidenstecker: Umweltschutz und ökonomisches System in Osteuropa. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 49/1972, Köln 1972.

<sup>33)</sup> Wilfred Beckerman, Naturwissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler und Umweltkatastrophe. (Kie-ler Vorträge, N. F. 73) Tübingen 1972.

nommen werden könnte", und er belegt diese sehr harte Kritik mit einer ganzen Anzahl von sehr eindrucksvollen Argumenten.

Die pessimistische Betrachtung des Wirtschaftswachstums und seiner Konsequenzen ist wieder einmal ein Beweis dafür, wie rasch sich die (in wirtschaftlichen Dingen oft nicht sehr gut orientierte) "öffentliche Meinung" wandeln kann. Noch vor wenigen Jahren war rasches Wirtschaftswachstum ein allgemein anerkanntes Ziel, dem in dem sog. „magischen Viereck“ der Ziele der Wirtschaftspolitik — Vollbeschäftigung, kontinuierliches Wachstum, stabiler Geldwert, ausgeglichene Zahlungsbilanz — erstrangige Bedeutung zugemessen wurde. Längere Zeit hindurch erschien es nicht ungerechtfertigt, von einer Fetischisierung des Wirtschaftswachstums zu sprechen; der Erfolg der Wirtschaftspolitik wurde weitgehend am Wachstum des Brutto-sozialprodukts gemessen<sup>34</sup>). Damals mußte ein besonnener, nicht „eindimensional“ denkender Nationalökonom eher auf die negativen Konsequenzen des Wachstums und die ihm zu ziehenden Grenzen hinweisen. Heute, da das Pendel nach der anderen Seite ausschlägt, scheint es dagegen eher geboten, die noch immer gegebene *Notwendigkeit* des Wachstums zu betonen — auch wenn man über die sinnvollerweise anzustrebende *Rate* dieses Wachstums verschiedener Meinung sein kann.

Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß in allen Entwicklungsländern das materielle Niveau der großen Mehrheit der Menschen noch weit unter dem liegt, was nach westlichen Begriffen als menschenwürdig angesehen werden kann und was auch in aller Regel von ihnen selbst als notwendig angestrebt wird. Daß das nicht ohne Entwicklungshilfe der entwickelten Länder erreicht werden kann und daß der bisherige Umfang diese Hilfe nicht ausreicht, um in einem vernünftigen Zeitraum eine Angleichung zu erzielen, wird schwerlich bestritten werden können. Das bedeutet aber, daß in den entwickelten Ländern das Sozialprodukt als Quelle für die Entwicklungshilfe wachsen muß, es sei denn, ihre Bürger wären, um

<sup>34</sup>) Der ökonomische Wettkampf zwischen West und Ost hat dabei eine nicht geringe Rolle gespielt, da der Sowjetkommunismus die ökonomischen Vorzüge seines Wirtschaftssystems durch das angeblich raschere Wirtschaftswachstum zu begründen suchte und das „Einholen und Überholen der entwickelten kapitalistischen Länder“ schon unter Stalin, dann aber besonders unter Chruschtschow in der Sowjetunion und Ulbricht in der DDR zur „ökonomischen Hauptaufgabe“ erklärt wurde.

ausreichende Hilfe zu ermöglichen, mit einer Senkung ihres materiellen Standards einverstanden — eine wohl recht unrealistische Annahme. Das Gleiche gilt für alle an Zahl wachsenden Völker; auch sie haben nur die Wahl zwischen Vergrößerung des Sozialprodukts und damit mindestens gleichbleibendem Standard oder verringerter Konsumquote je Kopf.

Hinzu kommt, daß selbst in den wirtschaftlich am höchsten entwickelten Ländern noch keineswegs die Gesamtheit ihrer Bürger ein sie voll befriedigendes materielles Niveau erreicht hat; denn auch in dem reichsten Land der westlichen Welt, den Vereinigten Staaten, gibt es noch Armutinseln, und nicht unerhebliche Schichten bleiben noch hinter dem erstrebten Minimum (das allerdings nach westeuropäischen Maßstäben sehr hoch liegt) zurück. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik läßt immer wieder neue Güter und neue Bedürfnisse entstehen, letztere keineswegs nur durch künstliche Manipulation. Und schließlich: Gerade die Reformen, die von den Kritikern unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so dringend gefordert werden (z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen und für den Umweltschutz), stellen erhebliche Ansprüche der Finanzierung und damit an das Sozialprodukt.

Noch also leben wir in einer Welt, in der wirtschaftliches Wachstum als unabdingbare Notwendigkeit erscheint<sup>35</sup>), in der also *Dynamik* am Werke sein muß. Diese Dynamik war bisher in einer unternehmerischen Marktwirtschaft am stärksten entwickelt; die Versuche des Sowjetkommunismus, für sein System eine stärkere Dynamik nachzuweisen, müssen — gleichen Einsatz von Ressourcen und gleiche „Entbehrungsquote“ der Bevölkerung vorausgesetzt — als gescheitert angesehen werden<sup>36</sup>). Bleibt man realistisch, so

<sup>35</sup>) Ob es in einer fernerer Zukunft einmal eine Lage der Menschheit geben kann, in der wirtschaftliches Wachstum nicht mehr nötig ist, muß hier aus räumlichen Gründen unerörtert bleiben.

<sup>36</sup>) Ebenfalls aus Gründen räumlicher Beschränkung muß hier auf einen Nachweis verzichtet werden; dieser ist aus einer ganzen Reihe von Gründen mit vielen teils in der Sache, teils in der Möglichkeit der statistischen Berechnungen liegenden Komplikationen verbunden. Jedoch sei wenigstens auf zwei grundsätzliche wichtige Erwägungen hingewiesen, die in der öffentlichen Diskussion leicht übersehen werden: 1) ein Vergleich der Wachstumsgeschwindigkeit ist nur dann sinnvoll, wenn es sich um Volkswirtschaften mit annähernd gleichem Entwicklungsstand handelt, also z. B. zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland oder zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. 2) Ein Urteil über die

kommt man, populär gesprochen, um die Feststellung nicht herum: in der unternehmerischen Marktwirtschaft ist der Kuchen zwar ungleichmäßiger verteilt als in einer sozialistischen Ordnung; die Dynamik dieses Systems läßt den Kuchen aber rascher wachsen, so daß alle ein absolut größeres Stück des Kuchens erhalten als im Sozialismus.

Vielen Kritikern, nicht nur aus den Reihen der „Neuen Linken“, wird der Zugang zu dieser Einsicht versperrt, weil sie die Bedeutung der individuellen Initiative, vor allem der unternehmerischen Initiative zu gering einschätzen. Die Unternehmer bzw. Unternehmensleiter<sup>37)</sup> waren *und sind* in erster Linie die Verursacher der Innovationen, der „neuen Kombinationen“ Schumpeters<sup>38)</sup>. Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, daß ein Übergang zum „Sozialismus“ im Sinne Horst Heimanns — soweit der Begriff Sozialismus in seiner Schrift überhaupt klar definiert ist — zu einem Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik und damit zur Verringerung der

---

ökonomische Effizienz ist nur möglich, wenn Aufwand und Ertrag, Kosten und Nutzen miteinander verglichen werden. Bei der Beurteilung und Bewertung des wirtschaftlichen Wachstums muß also gefragt werden, mit welcher Investitionsquote ein bestimmtes Wachstum erreicht wird und wie die Struktur dieser Investitionen ist (also z. B. Anteil der Industrie sowie der Investitionen ohne materiellen Kapazitätseffekt, wie Wohnungsbau).<sup>37)</sup> Hier ist der Einwand zu erwarten, daß heute auch in den entwickelten westlichen Industrieländern Unternehmerfunktionen in der Großwirtschaft nicht mehr, wie im Modell des klassischen Liberalismus, von den Kapitaleignern, sondern von Angestellten wahrgenommen werden (was z. B. von einem nichtsozialistischen Nationalökonom wie John Kenneth Galbraith in seinem weitverbreiteten Buche „Die moderne Industriegesellschaft“, deutsch 1967, sehr stark betont wird). Das ist richtig, aber nicht entscheidend. Einmal ist der Entscheidungsspielraum der angestellten Unternehmensleiter im „Kapitalismus“ erheblich größer als der der „sozialistischen Manager“; zum anderen wird dabei der Wirtschaftsbereich, in dem noch persönliches Unternehmertum wichtig ist, unterschätzt.

<sup>38)</sup> Joseph Schumpeter hat in seinem Frühwerk „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1912, 5. Aufl. 1952) diese Rolle des Unternehmers als desjenigen, der „die neuen Kombinationen“ durchsetzt, mit besonderem Nachdruck herausgearbeitet.

Möglichkeit ständiger Erhöhung des materiellen Niveaus der breiten Massen führen muß. Es geht also bei den von Horst Heimann zur Erreichung des Ziels der west-östlichen Synthese für notwendig gehaltenen Vorleistungen des Westens um mehr als um den Verzicht auf die „Erhaltung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems“, wie Heimann auf S. 20 recht aggressiv formuliert. Es geht aber auch um mehr als um materielles Niveau und Lebensstandard.

Mit dem bisher Gesagten soll nun gewiß nicht unsere heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als vollkommen und jeder Kritik standhaltend bezeichnet werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn Horst Heimann die heutige Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland als „ungerecht“, also als reformbedürftig bezeichnet, so wird ihm wohl kein objektiver Beurteiler widersprechen wollen. Hier und in nicht wenigen anderen Punkten sind Veränderungen, sind Reformen und Korrekturen notwendig. Die entscheidende Frage aber ist: Sollen diese Reformen und Korrekturen das bestehende System verbessern, es vor allem unter Aufrechterhaltung seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit menschlicher machen — oder soll ihr Ziel die Systemüberwindung sein?

Die Kritik der „Neuen Linken“, aber ebenso auch die Kritik Horst Heimanns zielt eindeutig auf Systemüberwindung. Das wäre dann gerechtfertigt, wenn einmal die *Grundprinzipien* dieses bestehenden Systems sich durch Erfahrung und intellektuelle Kritik als unhaltbar erwiesen hätten und wenn der Nachweis erbracht worden wäre, daß unabdingbare Reformen *innerhalb* dieses Systems nicht realisierbar wären. Die zweite Voraussetzung ist, daß die Ordnungsformen, zu denen die „Systemüberwindung“ führen soll, eindeutig als den bisherigen überlegen, als für die große Masse der Menschen lebensfördernder nachgewiesen werden könnten. Den ersteren Nachweis hat Horst Heimann mit seiner recht pauschalen und wenig in die Tiefe gehenden Kritik am „Kapitalismus“ nicht geführt. Die zweite Frage — die nach dem Nachweis der Überlegenheit des Sozialismus — wird im folgenden zu untersuchen sein.

## Die Verheißungen des Sozialismus und die Wirklichkeit

Wenn Heimann wie so viele andere Kritiker unserer westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Ziel der „Überwindung“ dieses Systems geradezu als Axiom betrachtet, so erscheint ihm auf der anderen Seite der „Sozialismus“ als nahezu problemlose heile Welt der Zukunft. Wie steht es in dieser Beziehung mit dem Verhältnis zwischen Ideal und Wirklichkeit? An diesem Punkte unseres Gedankengangs muß nachdrücklich auf eine wissenschaftlich unhaltbare Methode hingewiesen werden, die der amerikanische Nationalökonom Gregory Grossman folgendermaßen gekennzeichnet hat<sup>39)</sup>:

„Es ist legitim, ideale oder reine Systeme zu vergleichen, oder aktuelle Volkswirtschaften untereinander, oder ein aktuelles System mit seinem eigenen Idealtyp. Es ist nicht legitim, eine aktuelle Volkswirtschaft mit einem Idealmodell von anderer Art zu vergleichen (beispielsweise die amerikanische Wirklichkeit mit einem abstrakten Modell des Sozialismus, oder die sowjetische Wirklichkeit mit einem Idealtyp des Kapitalismus), obwohl oft nicht sehr bedenkliche oder einfach gedankenlose Politiker und Propagandisten ihre Zuflucht gerade zu diesem Trick nehmen.“

Nicht nur in den USA, sondern auch bei uns wird nicht selten dieser „Trick“ verwendet, eine konkret existierende Ordnung, z. B. eine existierende unternehmerische Marktwirtschaft, einem idealtypischen Modell, z. B. einer Synthese von Sozialismus, Demokratie und Freiheit gegenüberzustellen. Natürlich fährt dann die Realität schlecht; denn jede real existierende Ordnung, sei sie politisch oder wirtschaftlich, ist, da sie Menschenwerk ist, immer eine unvollkommene, mit vielen Mängeln und Schwächen behaftete Ordnung. Mögen wir noch so sehr nach dem Ideal streben: in der unvollkommenen Wirklichkeit können wir doch immer nur nach der unter den gegebenen Verhältnissen am wenigsten schlechten Ordnungsform suchen und versuchen, sie durch Reformen zu verbessern.

Auch die gläubigen Vertreter des Sozialismus<sup>40)</sup> müssen sich deshalb einen Vergleich

<sup>39)</sup> Gregory Grossman, *Economic Systems*. Englewood Cliffs 1967, S. 3. (Übersetzung des obigen Zitats von mir. Th.)

<sup>40)</sup> Um jedes Mißverständnis auszuschließen, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß ich den hier verwendeten Begriff „Sozialismus“ nicht mit den wirtschaftspolitischen und erst recht nicht mit den politischen und gesellschaftspolitischen Zielen eines großen Teiles der westlichen Sozialdemokratie gleichsetze.

ihrer Idealvorstellungen mit den realen sozialistischen Ordnungen, die wir auf unseren Planeten vorfinden, gefallen lassen. Ich will dabei gar nicht beim Stalin-System ansetzen das man wohl als entsetzliche Perversion einer großen Idee ansehen kann: welcher furchbarer Weg von der Marxschen Hoffnung auf „eine höhere Form menschlicher Freiheit“ (Milovan Djilas) zu den Zwangsarbeitslagern Stalins! Ich will auch nicht die große Zahl der intellektuellen Exkommunisten als Eideshelfer aufrufen, die aus tiefer Enttäuschung über den Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit entweder zu militanten Antikommunisten oder zu geistig heimatlosen Wanderern zwischen den Welten geworden sind. Es genügt mir völlig, die heute existierenden sozialistischen Ordnungen — also etwa auch die der Sowjetunion in der nachstalinistischen Periode — nüchtern zu analysieren und zu ihrer Bewertung die Meinungen solcher kritischen Betrachter zu hören, die selbst auf dem Boden des Sozialismus stehen. Dabei will ich mich nur kurz mit materiellem Niveau und Lebensstandard beschäftigen — einmal deshalb, weil darüber schon in den vorhergehenden Abschnitten einiges gesagt wurde, zum anderen, weil ich in einem materiellen Rückstand des Sozialismus allein noch keinen entscheidenden Einwand gegen eine sozialistische Ordnung sehen würde, sofern diese sich in anderen Bereichen menschlicher Existenz und vor allem menschlichen Zusammenlebens als leistungsfähiger erweisen würde.

Gerade hinsichtlich der materiellen Leistung für den Lebensstandard der breiten Massen der Arbeitnehmer<sup>41)</sup> ist die Überlegenheit der unternehmerischen Marktwirtschaft eindeutig nachweisbar. Eigentlich müßte man doch annehmen — und das war ja auch in Vergangenheit und Gegenwart die Überzeugung zahlreicher Sozialisten —, daß die Beseitigung der „kapitalistischen Ausbeutung“ zu einer Erhöhung des Lebensstandards der solcherart befreiten Werktätigen führen müsse. Bisher ist aber in allen Ländern mit sozialistischer Ordnung der Lebensstandard der Werktätigen niedriger als in vergleichbaren Ländern mit unternehmerischer Marktwirt-

<sup>41)</sup> Wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es schwierig (nach meiner Meinung jedoch nicht unmöglich) ist, objektive Kriterien für die generelle ökonomische Effizienz von Wirtschaftssystemen zu finden. Sehr viel geringer ist diese Schwierigkeit jedenfalls beim Vergleich des materiellen Standards der Arbeitnehmer.



schaft; das gilt auch dann, wenn man die kollektiven Leistungen — Gesundheitswesen, Bildung usw. — einbezieht. Der Vergleich der beiden Teile Deutschlands ist in dieser Beziehung besonders aussagekräftig, weil es sich dabei um Gebiete handelt, in denen vor dem Zweiten Weltkrieg das durchschnittliche Niveau etwa gleich hoch war<sup>42)</sup>. Die Real-löhne sind bei einem Vergleich der offiziellen Statistik beider Teile Deutschlands in der „kapitalistischen“ Bundesrepublik eindeutig höher als in der „sozialistischen“ DDR. In dieser betrug im Jahre 1971 das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen aller Arbeiter und Angestellten<sup>43)</sup> in der Industrie 798 Mark; in der Bundesrepublik Deutschland betrug im gleichen Jahre der monatliche Durchschnittsverdienst der Arbeiter in der Industrie 1.278 DM, der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel 1.410 DM<sup>44)</sup>. Selbst wenn man unterstellt — für die DDR wahrscheinlich etwas zu günstig —, daß die Kaufkraft einer Mark für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt in der DDR ebenso hoch ist wie in der Bundesrepublik, ist der Unterschied der realen Arbeitseinkommen beträchtlich, und er ist in den letzten Jahren nicht geringer, sondern größer geworden.

Ähnliches gilt aber auch für zwei Bereiche, die für die „Qualität des Lebens“ eine wesentliche Rolle spielen: die Versorgung mit Wohnraum und die Altersversorgung. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung belief sich im Jahre 1968 in der DDR auf 18,6 qm, in der Bundesrepublik auf 23,0 qm; im Jahre 1950 war die durchschnittliche Wohnfläche je Kopf in beiden Teilen Deutschlands noch ungefähr gleich groß gewesen (14,7 gegen 14,9 qm)<sup>45)</sup>. Die Bundesrepublik hat diese bessere Versorgung mit

Wohnraum trotz beträchtlicher Bevölkerungszunahme infolge des hohen Anteils des Wohnungsbaus an den Gesamtinvestitionen erreicht, während in der DDR die Bevölkerungszahl 1968 beträchtlich niedriger war als 1950 (17,1 Mill. gegen 18,4 Mill.)<sup>46)</sup>.

Im Jahre 1971 betragen die durchschnittlichen monatlichen Altersrenten: in der DDR im Durchschnitt aller Altersrenten der Sozialversicherung 209,69 Mark, in der Bundesrepublik in der Rentenversicherung der Arbeiter 328 DM, der Angestellten 546 DM<sup>47)</sup>. Die Ausgaben für die soziale Sicherung betragen im Jahre 1969 in % des Bruttosozialproduktes in der DDR 12,4 %, in der Bundesrepublik 18,1 %; bei den Barleistungen war das Verhältnis 8,6 zu 13,3, bei den Renten 6,3 zu 9,7 %<sup>48)</sup>.

Kann es da eigentlich noch einen Zweifel darüber geben, daß für die weitaus überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten die materielle Lage in der Bundesrepublik sowohl während ihres Arbeitslebens als auch im Rentenalter beträchtlich besser ist als in der „sozialistischen“ DDR? Heimann selbst ist ja auch der Überzeugung (S. 19), daß „die für die innere Stabilität des Ostblocks gefährliche Anziehungskraft des Westens... sich vor allem aus der materiellen Überlegenheit der höher entwickelten und stärker konsolidierten westlichen Konsumgesellschaft“ ergibt.

Könnte nun aber nicht dieser Rückstand im materiellen Niveau ausgeglichen werden durch Vorzüge immaterieller Natur, z. B. Beseitigung oder doch wenigstens Abbau der „Entfremdung“, die für Marx — namentlich den jungen Marx — eine so große Rolle spielte? Wir rühren damit an ein Problem, das ebenso bedeutsam wie schwer lösbar ist. Der Grad der Entfremdung ist statistisch nicht meßbar, da es sich dabei ja um ein in höchstem Maße *qualitatives Problem* handelt, und es gibt kaum empirisch-soziologische Untersuchungen aus irgendeinem der Länder mit sozialistischer Ordnung, die ein durch Fakten fundiertes Urteil darüber gestatten würden. Wenn Marx als einen der wesentli-

<sup>42)</sup> Ich übersehe dabei nicht, daß die Startbedingungen in der DDR ungünstiger waren als in der Bundesrepublik; aber zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Reparationsperiode — das war 1953 — kann dies nicht mehr als wesentliche Erklärung für die noch immer beträchtliche Differenz im materiellen Niveau (z. B. auch in der Arbeitsproduktivität) herangezogen werden. Über die Fakten vgl. vor allem: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt a. M. 1971.

<sup>43)</sup> Bezogen auf „die vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Betriebe“.

<sup>44)</sup> Quellen: Statistisches Jahrbuch 1972 der DDR, S. 73; Statistisches Jahrbuch 1972 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 472 und 479.

<sup>45)</sup> Quelle: Bericht der Bundesregierung, a. a. O., S. 365.

<sup>46)</sup> Es soll nicht übersehen werden, daß die Mieten in der DDR beträchtlich niedriger sind als in der Bundesrepublik. Dies ist beim Kaufkraftvergleich jedoch berücksichtigt. Außerdem gehen die niedrigen Mieten z. T. auf Kosten der Erhaltung des Wohnungsbestandes.

<sup>47)</sup> Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 432; Statistisches Jahrbuch 1972 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 389.

<sup>48)</sup> Quelle: Bericht der Bundesregierung, a. a. O., S. 398.

chen Aspekte der Entfremdung ansah, daß die Waren, die der Arbeiter produziert, ihm als „entfremdete Gewalten“ gegenüberstehen, so muß doch gefragt werden, ob das auf das Wirtschaftssystem oder auf die moderne Technik mit der Unabdingbarkeit der Arbeitszerlegung im Produktionsprozeß zurückzuführen ist. Auf diese läßt sich, wenn man ein hohes Maß ökonomischer Effizienz erreichen will — und daß diese unter den heute gegebenen Voraussetzungen notwendig ist, wurde an früherer Stelle dieses Aufsatzes nachgewiesen — keinesfalls verzichten.

Marx sah eine weitere Quelle der Entfremdung in der Tatsache der Warenproduktion. Der „Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist<sup>49)</sup>, kann nur beseitigt werden, wenn die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses ... als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht.“<sup>50)</sup> Die Warenproduktion als solche könnte aber erst im Zustande des Vollkommunismus aufgehoben werden — und bis zu diesem wäre es noch ein sehr langer und mühevoller Weg, wenn man überhaupt glaubt, dass ein solcher Zustand je erreicht werden kann.

In der Wirklichkeit der sozialistischen Länder von heute ist der arbeitende Mensch jedenfalls — wenn wir einmal von Jugoslawien absehen<sup>51)</sup> — ebenso als ein kleines Glied in den arbeitsteiligen Produktionsprozess gestellt und der betrieblichen Hierarchie unterworfen, die im sowjetischen Prinzip des „Jedynatschalije“, der Einzelleitung des Betriebes, besonders deutlich zum Ausdruck kommt<sup>52)</sup>.

<sup>49)</sup> Karl Marx, Das Kapital. Bd. 1 (Ost-)Berlin 1947, S. 78.

<sup>50)</sup> Ebda. S. 85.

<sup>51)</sup> Auf das (im übrigen auch von Horst Heimann nicht erwähnte) jugoslawische System einzugehen, ist in diesem Aufsatz aus räumlichen Gründen leider nicht möglich. Gerade in dem Zeitpunkt, in dem der Aufsatz niedergeschrieben wird, erscheint das Schicksal dieses im Vergleich zum Sowjetkommunismus zweifellos wesentlich freierlicheren sozialistischen Systems wieder in Frage gestellt. Es wird auch von den zahlreichen westlichen Sympathisanten dieses Systems in der Regel übersehen, daß die jugoslawischen Werktätigen in erheblichem Maße am Risiko des unter Arbeiterselbstverwaltung stehenden Unternehmens beteiligt sind, da ihr Arbeitseinkommen wesentlich von der Höhe des Unternehmensgewinns abhängt.

<sup>52)</sup> Dabei soll, was die DDR anlangt, die Mitwirkung der Gewerkschaften (vor allem durch die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen) sowie bestimmter Vertretungsorgane der Belegschaften (Produktionskomitees in Großbetrieben, Gesell-

Damit stellt sich aber eine für die Beurteilung des Heimannschen Gedankenganges erst-rangig wichtige Frage: wieweit zeigen uns die bisher realisierten sozialistischen Ordnungen die Möglichkeit einer Synthese von Sozialismus, Demokratie und Freiheit, die Heimann als Ergebnis der auf beiden Seiten vor sich gehenden Wandlungen erhofft?

Lassen wir dazu vier Autoren sprechen, die Reformen verschiedener Art bejahend, *dennoch* sämtlich Sozialisten geblieben sind!

Bei Ota Šik, dem hinsichtlich der Wirtschaftsreformen führenden Mann der tschechoslowakischen Reformbewegung, heißt es<sup>53)</sup>:

„Noch nie in der Geschichte wurde die Wirtschaft durch die Politik derartig ver Gewaltigt wie im heutigen bürokratischen Sozialismus, und noch nie konnte eine politische Macht durch ihre gewaltige, mehr als religiöse Ideologie die Menschen so lange mit Versprechungen und zukünftigen Erfolgen abspeisen.“

Die beiden jungen polnischen Kommunisten Jacek Kuron und Karol Modzelewski, 1964 wegen ihrer Anschauungen aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgeschlossen, schrieben:

„In unserem System ist die Partielite gleichzeitig die Machtelite; alle staatlichen Entscheidungen werden von ihr getroffen ... Indem sie die staatliche Macht ausübt, verfügt die Machtelite gleichzeitig über die Gesamtheit der verstaatlichten Produktionsmittel, entscheidet sie über den Anteil der Akkumulation und des Konsums, über die Richtung der Investitionen, über den Anteil der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen am Volkseinkommen. Mit einem Wort: sie allein entscheidet über

schaftliche Räte bei den Vereinigungen volkseigener Betriebe) nicht übersehen werden. Eine ökonomische Mitbestimmung erfolgt durch diese Institutionen jedoch nicht. Auch im Fünfjahrplan der DDR für die Jahre 1971—1975 wird das Wort „Mitbestimmung“ peinlich vermieden; es ist lediglich von der „Anwendung kollektiver Beratungsformen“ die Rede. Übrigens hatte bereits Engels auch nach einer sozialen Revolution für die Betriebe die Notwendigkeit „einer gewissen, ganz gleich auf welche Art übertragenen Autorität und andererseits einer gewissen Unterordnung ... unabhängig von aller sozialen Organisation“ postuliert. („Von der Autorität“, 1872/73; Marx/Engels, Werke, (Ost-)Berlin, Bd. 18, zit. nach Rüdiger Thomas, Marxismus und Sowjetkommunismus, Teil I, Stuttgart 1971, S. 82).

<sup>53)</sup> In: Der Strukturwandel der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern, Zürich 1971, S. 38.

Aufteilung und Verwendung des ganzen gesellschaftlich erzeugten Produktes. Die Entscheidungen der Elite sind eigenmächtig, frei von jeder Kontrolle von seiten der Arbeiterklasse und der übrigen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Die Arbeiter haben auf sie keinen Einfluss, die Gesamtheit der Parteimitglieder ebenfalls nicht...<sup>54)</sup>"

Milovan Djilas, einer der Männer, die zusammen mit Tito den kommunistischen Staat in Jugoslawien geschaffen haben, schreibt in seinem 1969 in deutscher Übersetzung in Wien erschienenen Buche „Die unvollkommene Gesellschaft. Jenseits der ‚Neuen Klasse‘“ (S. 158 — 160):

„Die marxistisch-leninistischen Ideen, die real und ideal waren, solange sie die Massen in Bewegung setzten und veraltete und aussichtslose Ordnungen zerstörten, haben sich in Dogmen und Mythen verwandelt, mit deren Hilfe heute die Kommunisten sich und die anderen täuschen und ihre monströse Realität rechtfertigen. Sie behaupten, dass ihr System mit seinem angeblich gesellschaftlichen Eigentum unvergleichlich grössere Möglichkeiten für den technischen Fortschritt und für die soziale Gerechtigkeit bietet, als es je in anderen Gesellschaftsordnungen gab, gibt und geben wird... Die Wirklichkeit sah, wie gewöhnlich, anders aus: der Kommunismus leidet heute an all den Übeln, die er mit Recht am Kapitalismus angeprangert hat; und eine gründlichere Untersuchung seiner Eigentumsverhältnisse offenbart auch, dass die politische, die Parteibürokratie ihre eigenen Ideale zerstört, indem sie das Monopol der Handhabung und Kontrolle über die Wirtschaft für sich in Anspruch nimmt...“

Die italienische Kommunistin Rossana Rossanda hat in einem kürzlich erschienenen wichtigen Aufsatz die Wirklichkeit der heute bestehenden sozialistischen Länder als „ein Dilemma der Europäischen Linken“ bezeichnet. Es heißt da:

„Das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, und damit zu den „anderswo“ durchgeführten Revolutionen, macht nun schon seit über fünfzig Jahren einen Teil der Ge-

schichte der europäischen Linken aus, die es zu ihrer eigenen Revolution nicht gebracht hat. Dieses Verhältnis kennt Hoffnungen und Enttäuschungen, Solidarisierungen und Absagen, begeisternde Utopien und deprimierende Einsichten in die Realitäten. Aber da es schier immer ein unterwürdiges, ein subalternes Verhältnis war, ist es schliesslich zu einem Moment der Niederlage der Linken in den ‚spätkapitalistischen Ländern‘ geworden... Jene ‚anderen‘ Revolutionen sind geschehen, sie sind da, und sie bestimmen die Welt, in der wir leben. Sie haben ihre Rückwirkungen, ob uns das lieb ist oder nicht. Wir kommen nicht um sie herum.“<sup>55)</sup>

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Wieder einmal fegen die Gründe der Geschichte die Illusionen der Ideologie hinweg. Die Europäer sehen sich vor die Probleme von eh und je gestellt, nur daß sie um eine Erfahrung reicher geworden sind: was die Linke hier für Knoten und Sackgassen der ‚anderen‘ gehalten hatte, sind auch unsre eigenen; das hat sich im Wechsel von Auf- und Abstieg der Bewegung gezeigt. Nichts ist überwunden, kein Problem gelöst. Der Moment der Hoffnung auf eine eigene Revolution, die sich ihr Maß selber setzen könnte, war kurz.“<sup>56)</sup>

Dies und manches andere, was in der genannten Ausgabe des „Kursbuchs“ steht, ist ein bemerkenswerter Beweis für die Enttäuschung, die sich aus dem Zusammenprall von Idee (oder Vision) und Realität bei Kommunisten ergibt, die noch nicht so dogmatisiert sind, daß sie die Fähigkeit — oder die Bereitschaft — zum kritischen Denken völlig verloren hätten.

In den realen sozialistischen Systemen von heute ist jedenfalls die Synthese von Sozialismus, Freiheit und Demokratie nicht gelungen. Wenn Heimann (S. 18/19) die These aufstellt, daß die Idee eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus 1956 auch in der Sowjetunion und vor allem in der DDR „zu einer realen politischen Kraft innerhalb der kommunistischen Parteien“ wurde, so scheint mir das ein Beweis für ein gefährliches Wunschdenkens, das (sicherlich unbewußt, das sei Heimann ohne weiteres zugestanden)

<sup>54)</sup> In: Monopolsozialismus. Offener Brief an die Mitglieder der Grundorganisation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und an die Mitglieder der Hochschulorganisation des Verbandes sozialistischer Jugend an der Warschauer Universität, Hamburg 1969, S. 13.

<sup>55)</sup> In: Kursbuch No. 30, Dez. 1972, S. 1. Das gleiche Heft des gewiß nicht antikommunistischen „Kursbuchs“ enthält außerdem 5 Aufsätze über die DDR, die CSSR, Korea und Kuba, in denen die Wirklichkeit dieser sozialistischen Länder recht kritisch beurteilt wird.

<sup>56)</sup> Ebda. S. 16/17.

den geschichtlichen Ablauf nach den eigenen Wünschen zurechtbiegt. In der DDR beschränkten sich solche Gedankengänge innerhalb der SED auf sehr kleine Kreise, die keineswegs eine reale politische Kraft bildeten, die denn auch sehr bald von der herrschenden Machtelite zum Schweigen gebracht wurden. Wo Heimann in der Sowjetunion 1956 derartige Tendenzen sieht, ist mir unerfindlich. Vielleicht meint er den XX. Parteitag der KPdSU und die berühmte Geheimrede Chruschtschows, in der dieser die Schandtaten des Stalin-Terrors enthüllte. Darin aber bereits den Anfang eines „freiheitlichen und demokratischen Sozialismus“ zu sehen, scheint mir schlechthin utopisch. Und Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, die Heimann ebenfalls in diesem Zusammenhang nennt? Gewiss, in Polen und Ungarn gab es 1956 Anfänge einer solchen Entwicklung. Aber in Polen hat auch das damals installierte Gomulka-Regime nach einem verheißungsvollen Beginn bald wieder das Heil bei den alten Methoden gesucht, und das Schicksal des „freiheitlichen Sozialismus“ in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 ist ja wohl zur Genüge bekannt.

Ich stimme mit Heimann darin überein, daß die militärischen Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei in erster Linie deshalb erfolgten, „weil dieser vom Volk unterstützte Sozialismus mit menschlichem Gesicht eine ernsthafte Gefahr für die privilegierte und demokratisch nicht legitimierte und kontrollierte Schicht der im Osten politisch herrschenden Bürokratie... wurde.“ (S. 19).

Wieso aber die Vertreter dieser bürokratischen Herrschaft in Osteuropa die Intervention auch deshalb forderten, weil durch den demokratischen Sozialismus die Schicht „der im Westen ökonomisch herrschenden Kapitaleigner“ gefährdet wurde, ist mir schlechterdings unverständlich — ganz abgesehen davon, daß die „ökonomische Herrschaft der Kapitaleigner“ im Westen doch etwas wesentlich anderes, sich innerhalb wesentlich engerer Grenzen Auswirkendes, mit wesentlich mehr Gegenmächten (denken wir allein an die Gewerkschaften!) konfrontiertes ist als die Herrschaft der Machtelite in den kommunistisch regierten Ländern Ost- und Südosteuropas. Die Machtelite mit „Bürokratie“ gleichzusetzen, scheint mir im übrigen viel zu undifferenziert; Männer wie Chruschtschow, Breschnew, Tito oder Ceausescu sind doch gewiss keine „Bürokraten“ (womit nicht bestritten werden soll, daß in der Tat die Rolle der Partei- und Staatsbürokratie in der

Verfassungswirklichkeit dieser Länder recht bedeutsam ist).

Heimann fordert im Interesse der west-östlichen Konvergenz Vorleistungen des Westens „durch systemüberwindende innere Reformen...“, ohne daß dabei die liberalen und demokratischen Rechte eingeschränkt oder aufgegeben werden.“ Zwei schicksalsschwere Fragen stellen sich dabei. Erstens: ist überhaupt ein Sozialismus möglich, bei dem die liberalen und demokratischen Rechte nicht eingeschränkt werden? Die Beantwortung dieser Frage wird freilich durch die Unschärfe des Heimannschen Sozialismusbegriffs erschwert. Wenn man aber Sozialismus mit Systemveränderung gleichsetzt, dann gehört dazu doch offenbar die „Vergesellschaftung“ eines grossen Teils der Produktionsmittel und die weitgehende Ausserkraftsetzung des Marktmechanismus durch eine Form der zentralen Planung<sup>57)</sup>. Beides bedeutet ipso facto zweierlei: eine ungeheure Verstärkung der Staatsmacht, da der Staat als Eigentümer des grössten Teils der Produktionsmittel<sup>58)</sup> für die Masse der Bevölkerung Arbeitgeber, außerdem aber auch Arbeitsgesetzgeber ist und als Träger der Planung die Ziele festsetzt, auf die das Wirtschaften ausgerichtet werden soll. Für das Individuum sowohl in seiner Eigenschaft als arbeitender Mensch wie auch als Konsument bedeutet diese Machtkonzentration beim Staat zwangsläufig eine beträchtliche Einschränkung seiner Freiheitsphäre. Bedenkt man ferner, wie schwierig heute bereits die demokratische Kontrolle allein des Staatshaushalts in einem hochentwickelten Industrielande geworden ist, so kann es kaum als zweifelhaft erscheinen, dass die demokratische Kontrolle eines noch viel umfassenderen Volkswirtschaftsplanes schlechterdings unmöglich wird.

Die zweite, mindestens ebenso schwer wiegende Frage ist: wer kann auch nur ein Mindestmaß von Sicherheit dafür geben, daß Vorleistungen der Bundesrepublik an „systemüberwindenden Reformen“ auf der Seite der DDR ebenfalls Reformen in Richtung auf einen

<sup>57)</sup> Letzteres wird zwar von Heimann nicht ausdrücklich erwähnt, ergibt sich aber zwangsläufig aus seinen Vorstellungen über die „Überwindung“ der heutigen westlichen Wirtschaftssysteme, auch aus seiner Formulierung einer „gesellschaftlich geleiteten und kontrollierten Wirtschaftsordnung“, in der „neue Kriterien für ökonomische Entscheidungen und Prioritäten erforderlich sind.“ (S. 22)

<sup>58)</sup> Das ist allerdings beim jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe anders. Doch hat dieses wieder seine spezifischen Probleme und Schwierigkeiten, wie oben (Anm. 51) kurz angedeutet wurde.

freiheitlich-demokratischen Sozialismus auslösen werden? Allein diese können ja doch eine wirkliche Konvergenz bewirken. Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen und bei den Auffassungen der Machtelite der SED erscheint mir das als blanke Utopie. Gerade in dem Zeitpunkt, in dem dieser Aufsatz abgeschlossen wurde, brachte das „Neue Deutschland“<sup>59)</sup> einen Bericht über die Rede, die Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED, also der höchsten Machtspitze in der DDR (es zählt gegenwärtig 16 Mitglieder und 7 Kandidaten), über die „ideologische Offensive gegen den Imperialismus“ gehalten hat. Es heißt darin:

„Ausführlich setzte sich Albert Norden mit der von imperialistischen Kreisen propagierten These des ‚freien Austausches von Ideen‘ auseinander. ‚Die Prediger der Freizügigkeit sagen Austausch von Ideen und meinen — sie gestehen es ganz offen — Raum für ihre reaktionäre Ideologie, Raum für geistige Konterbande zur Unterwühlung des Sozialismus. Natürlich gibt es gerade und besonders auf dem Gebiet der gegensätzlichen Ideologien weder Konvergenz noch Austausch oder Annäherung, sondern Divergenz, Abgrenzung und entschiedene weltanschauliche Auseinandersetzung; denn der Imperialismus hat sein Wesen in keiner Hinsicht geändert.“

Wenn auch die Bundesrepublik Deutschland dabei nicht ausdrücklich genannt wird, so kann es wohl kaum zweifelhaft sein, daß auch die heutige, von der sozialliberalen Koalition regierte Bundesrepublik von Albert Norden zu dem „Imperialismus, der sein We-

sen in keiner Hinsicht geändert hat“, gerechnet wird.

Für die heutige SED-Führung kann es also keine Konvergenz in dem Sinne geben, daß auch sie sich wandelt — geschweige denn, daß sie bereit wäre, auch bei sich selbst „systemüberwindende Reformen“ durchzuführen. Eine Neuvereinigung Deutschlands wäre nach ihren Vorstellungen nur dann möglich, wenn die Bundesrepublik bereit wäre, ihr eigenes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System völlig dem der DDR anzugleichen.

Dann aber wären wir weit von dem entfernt, was Heimann als Synthese von Sozialismus, Demokratie und Freiheit anstrebt. Von Freiheit und Demokratie könnte nur noch sehr wenig die Rede sein; und die dann in ganz Deutschland realisierte Form des Sozialismus wäre sicherlich sehr verschieden von dem, was die Mehrheit der westdeutschen Sozialisten als bessere und gerechtere Form der Ordnung menschlichen Zusammenlebens erhofft.

Auch Heimann will ein in solcher Form und unter solchen Vorzeichen wiedervereinigtes Deutschland sicherlich nicht; aber unter den heute gegebenen Voraussetzungen würde das die Wirklichkeit sein und nicht der freiheitlich-demokratische Sozialismus.

Heimann wirft dem Denken, das der gescheiterten früheren Wiedervereinigungspolitik zugrunde lag, vor, es sei irrational und emotional gewesen<sup>60)</sup>. Für seine eigene Vision, so fürchte ich, gilt das ebenfalls.

<sup>59)</sup> Vom 23. 2. 1973.

<sup>60)</sup> Heimann, a. a. O., S. 8.

# Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands durch demokratischen Sozialismus

## Anworten auf die Kritik an den „Anregungen zu einer konkreten Utopie“

Eine öffentlich und schriftlich geführte Diskussion hat zunächst im Vergleich zu einer mündlichen Kontroverse den Nachteil, daß es dabei in der Regel bei einem einmaligen Austausch von Argumenten und Gegenargumenten bleibt. Dagegen ist nur in einem mündlichen Dialog, zum Beispiel auch bei einer Podiums- und Forumdiskussion, durch wiederholtes Eingehen auf Argumente und Gegenargumente zu prüfen, ob diese Argumente überzeugend wirken und ob eine Annäherung der Standpunkte möglich ist. Dennoch kann auch eine schriftliche Kontroverse insofern eine wichtige Rolle für die politische Bildung spielen, als sie aus folgenden Gründen bei den Lesern die Fähigkeit zum selbständigen Urteilen zu stärken vermag: Während bei der Beschäftigung mit einem Problem, das nur von einem Standpunkt aus dargestellt ist, der Leser eher der „Autorität“ eines Autors und der manipulativen Kraft des Geschriebenen ausgeliefert ist, wird durch die kontroverse Darstellung eines Problems jede „Autorität“ in Frage gestellt. Das schließt keineswegs aus, daß sich der Leser einem der kontroversen Standpunkte anschließt. Aber dabei wird sich die Entscheidung für einen der kontroversen Standpunkte viel stärker auf das eigene Urteilsvermögen gründen als nach der Lektüre eines Beitrages, der ein Thema nur von einem Standpunkt aus darstellt.

In dieser in der Zeitschrift ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ veröffentlichten Kontroverse lehnen alle drei Kritiker meine „Anregungen zu einer konkreten Utopie“ nicht nur in einzelnen Punkten ab, sondern sie verwerfen diese Konzeption als Ganzes und verfolgen mit ihrer Kritik das Ziel, sie zu widerlegen. Das ist natürlich ein anderer Ausgangspunkt für eine Kontroverse als eine Situation, in der die Kritiker grundsätzlich mit den Zielen einer diskutierten Konzeption übereinstimmen und mit ihrer Detailkritik an einzelnen Punkten nur die Absicht verfolgen, die Gesamtkonzeption zu verbessern.

Aber wenn auch die Kritik gegen meine Konzeption von einem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt aus vorgetragen wird, so enthält sie doch zahlreiche Argumente und Fragen, die auch von Befürwortern des demokratischen Sozialismus zu beachten sind und daher ähnlich konstruktiv verarbeitet werden können wie eine Detailkritik, die von einem grundsätzlich zustimmenden Standpunkt aus formuliert wird. Dieser ausdrückliche Hinweis scheint mir deshalb angebracht zu sein, weil infolge vielfältiger Polarisierungen diese Möglichkeit in den politischen Auseinandersetzungen nicht mehr anerkannt wird. Auch aus diesem Grunde wird die Rationalität kontroverser Auseinandersetzungen und der Meinungs- und Willensbildungsprozesse oft zugunsten emotionaler Polemik und rational unzureichend fundierter Entscheidungen beeinträchtigt. Dieser Sachverhalt kann sich bei politischen Konflikten nie zugunsten progressiver Tendenzen auswirken. Denn größere Rationalität der Auseinandersetzungen und der Meinungs- und Willensbildungsprozesse ist nicht ein fernes Endziel des demokratischen Sozialismus, sondern auch ein unverzichtbares Mittel zu seiner Verwirklichung. Die Bereitschaft zum Dialog auch gegenüber konträren Standpunkten darf allerdings nicht dazu führen, daß die Kontroverse zu einem unverbindlichen Geplauder verflacht und fundamentale Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer allgemeinen Verbrüderung vertuscht werden. Wenn ich zahlreiche Gegenargumente ernst nehme, so heißt das auch keineswegs, daß ich die Idee des demokratischen Sozialismus als Weg zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und zur Neuvereinigung Deutschlands aufgebe. Vielmehr will ich anhand dieser Gegenargumente versuchen, meine Gedanken zu ergänzen, zu präzisieren, verständliche Mißverständnisse auszuräumen und dabei auch zusätzliche Argumente zu finden, um weitere Teilnehmer an dieser Kontroverse von meinen Auffassungen zu überzeugen.

Nicht nur um die mir besonders wichtigen Probleme ausführlicher behandeln zu können, sondern auch aus folgendem Grunde halte ich es aber für gerechtfertigt, nicht auf alle Einwände und Fragen einzugehen: Da die hier veröffentlichten Beiträge nur als Teil der öffentlichen Auseinandersetzung über die

Perspektiven der Deutschland- und Ostpolitik anzusehen sind, sind die von meinen Kritikern vorgetragenen Fragen, Argumente und Einwände nicht nur an mich gerichtet, sondern an alle, die an den hier diskutierten Fragen interessiert sind.

## Der Glaube an den Zusammenbruch der östlichen Systeme ist bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken

Obwohl alle drei Kritiker meiner Konzeption in ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung miteinander übereinstimmen, besteht doch unter mehreren Gesichtspunkten ein fundamentaler Unterschied zwischen den Ausführungen von Matthias Walden einerseits und der Kritik von K. M. Kreis und K. C. Thalheim andererseits. Kennzeichnend für Kreis und Thalheim ist es, daß sie sich auf eine kritische Auseinandersetzung mit den Gedanken beschränken, die über den gegenwärtigen Stand der Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Regierung hinausreichen. Sie versuchen auch nicht, meinen Anregungen zu einer konkreten Utopie eine eigene Konzeption als Alternative entgegenzusetzen. Matthias Walden hat zwar auch keine eigene Konzeption als Alternative explizit und zusammenhängend dargestellt, aber durch all seine Äußerungen gegen die neue Deutschland- und Ostpolitik schimmert seine eigene konstruktive Alternative hindurch, eine altbekannte Gegenposition zur sozialliberalen Politik der siebziger Jahre, nämlich die Wiedervereinigungs- und Befreiungspolitik der CDU/CSU der fünfziger Jahre.

Diese Gegenposition wird sichtbar, wenn Walden auf seine Art der DDR weiterhin die „Anerkennung“ verweigert, indem es für ihn die Bezeichnung DDR ohne Anführungszeichen auch heute noch nicht gibt, sondern nur die alten Formeln wie „kommunistisches System“, „Gegenseite“, „östliches Gegenüber“, „die Landsleute im anderen Teil Deutschlands“. Und für die gewiß notwendige Kritik der politischen und gesellschaftlichen Realität der DDR stehen ihm immer noch nur emotionale Leerformeln zur Verfügung wie z. B. „die Unzumutbarkeit des kommunistischen Systems und seiner Gewaltausübung“, „die Unrechtsqualität des östlichen Gegenübers“, „unzumutbare Gewaltherrschaft auf deutschem Boden“. Doch mit diesen Begriffen ist eine kritisch-rationale Analyse nicht zu leisten und sind vor allem keine Erkenntnisse

für eine Politik zu gewinnen, die auf eine positive Veränderung dieser Realität zeigt. Daß die sich in der Sprache Waldens ausdrückende Nichtanerkennung der DDR weiterhin mit dem Ziel der Befreiung von kommunistischer Herrschaft verbunden bleibt, wird deutlich, wenn er als negative Folge der Entspannungspolitik verweist auf das „Risiko einer depressiven Auswirkung auf die freiheitsbegehrenden Kreise des innersowjetischen Widerstandes.“ (M. Walden a. a. O. S. 20)

Eine intensive Auseinandersetzung mit einem politischen Denken, das Lösungen vom Zusammenbruch des östlichen Systems oder vom Sieg des innersowjetischen Widerstandes erwartet, ist wegen des ständig zurückgehenden Einflusses dieser Gedanken unter politischen Gesichtspunkten kaum noch erforderlich. K. C. Thalheim erwähnt mit folgendem Urteil in seinem Aufsatz die „Auffassungen, die lange Zeit hindurch an den unausbleiblichen Zusammenbruch der ‚östlichen‘ sozialistischen Systeme glaubten. Solche Erwartungen waren sicherlich viele Jahre hindurch sowohl ideologisch als auch politisch relevant; sie sind aber im Westen inzwischen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.“ (K. C. Thalheim a. a. O. S. 5)

Von aktueller Bedeutung ist Waldens Einwand, daß sich die Entspannungspolitik negativ auf den innersowjetischen Widerstand auswirken kann, nur insofern, als er mit der Kritik übereinstimmt, die in simplifizierender Form von den gewalttätigen maoistischen Studentenparteien vorgebracht wird, in differenzierender Form von Herbert Marcuse und Peter Brückner<sup>1)</sup>. Gewiß ist der von Walden

<sup>1)</sup> Vergl. Herbert Marcuse, *Konterrevolution und Revolte*, Frankfurt 1972; Peter Brückner, *Freiheit, Gleichheit, Sicherheit*, Frankfurt 1971.

Für das Denken Marcuses wäre der Begriff einer „negativen“ Konvergenztheorie zutreffend; denn anders als in der „positiven“ Konvergenztheorie meint Marcuse, daß die Angleichung beider Systeme dadurch erfolgt, daß auf beiden Seiten gerade die positiven Elemente eliminiert werden.

gewünschte Erfolg des inneren Widerstandes nicht inhaltlich identisch mit den Erwartungen, die Maoisten und Neue Linke an einen revolutionären Umsturz des autoritär-bürokratischen Sozialismus knüpfen. Aber beide teilen übereinstimmend die Illusion, daß sich ihre Vorstellungen nur durch einen revolutionären Umsturz des bestehenden Systems durchsetzen lassen, nicht aber durch einen evolutionären Wandlungsprozeß systemüberwindender Reformen. Und beide fürchten, daß die Entspannungspolitik die Chancen für diesen inneren Umsturz verringern könne.

Aus dieser Übereinstimmung zwischen Walden, Maoisten und Neuen Linken folgt nicht, daß rechts gleich links ist, daraus folgt nur, daß politischer Irrationalismus gleich politischer Irrationalismus ist. Die Gegner der Entspannungspolitik haben offensichtlich übersehen, daß der Kalte Krieg, der lange genug gedauert hat, weder im Osten noch im Westen den progressiven Kräften genützt hat oder gar eine befreiende Revolution auszulösen vermochte.

Obwohl hier keine sprachkritische Analyse der Ausführungen Waldens vorgenommen werden soll, sei doch auf folgendes Beispiel verwiesen: Sein Betrag enthält als zentrale These die Aussage, die SPD habe die alte Deutschland- und Ostpolitik nicht etwa deshalb geändert, weil sie die Ziele dieser Politik für unerreichbar hielt, sondern weil sie ein neues Ziel entdeckt habe, das sie für erstrebenswerter halte als die Ziele der alten Politik. Interessant sind vor allem die folgenden Formulierungen, in die er seine Aussage verkleidet: „Wurde diese Wendung vollzogen, weil Zermürbung, Entmutigung und Hoffnungslosigkeit im Sinne der zuvor beschworenen Ziele die Führung der deutschen Sozialdemokratie dafür ‚reif‘ gemacht hatten? Das würden die Verantwortlichen gewiß energisch bestreiten.“ (Walden a. a. O. S. 19). Gewiß würden die Verantwortlichen energisch bestreiten, daß sie durch Zermürbung, Entmutigung und Hoffnungslosigkeit für die neue Politik ‚reif‘ gemacht wurden. Sie würden wohl aber auch bestreiten, daß es notwendig ist, dem Inhalt dieser Aussage zu widersprechen. Für mich schmeichelhaft an der zentralen These Waldens ist es, daß die Bundesregierung wegen der von mir befürworteten „Konvergenz zwischen beiden Teilen Deutschlands, ja, wahrscheinlich zwischen Ost- und Westeuropa“ (Walden S. 19) die alte Politik aufgegeben hat und daß ich die bisher vor dem Volk geheimgehaltenen wahren Motive und Ziele der neuen Deutschland- und Ostpolitik enthüllt habe.

Charakteristisch für ein politisches Denken, das Lösungen von einem revolutionären Umsturz der bestehenden Systeme in Ost und West erwartet, ist die Unfähigkeit, zwischen empirischen Analysen und emotional-normativen Werturteilen bzw. geschichtsphilosophischen Beurteilungen zu unterscheiden. Die emotional-normativen Begriffe Waldens und die geschichtsphilosophischen Begriffe bei Teilen der Neuen Linken begründen, warum das bestehende System schlecht ist und umgestürzt werden muß. Von diesen Begriffen geht auf das Denken ein so starker emotionaler Druck aus, daß jeder Versuch, anhand einer empirischen Analyse des verurteilten Systems zu prüfen, ob der revolutionäre Umsturz eine reale Chance hat, unbewußt als Verrat an den Werturteilen oder dem geschichtsphilosophischen Glauben empfunden und daher unterlassen wird. Wer eine dogmatisch-idealistische Geschichtsphilosophie vertritt, besitzt darüber hinaus noch die Garantie, daß seine abstrakt begründete Zielvorstellung auf Grund einer objektiven Geschichtsnotwendigkeit erfüllt werden muß. Das einzig Problematische daran ist nur, daß diese Garantie nur für das gilt, was sich dank dieser geschichtsphilosophischen Begriffe in den Köpfen ereignet, aber nicht für die empirische Geschichte.

Eine empirische Analyse des Systems unter dem Gesichtspunkt seiner Veränderungschancen wäre in der Tat eine Abwendung von den Werturteilen, weil sie insofern „wertfrei“ wäre, als sowohl Befürworter wie Gegner des Systems zu dem gleichen Ergebnis kommen können, daß die innere Struktur einer hochentwickelten Industriegesellschaft nur Möglichkeiten für evolutionäre Veränderungen enthält, nicht aber für einen revolutionären Umsturz. Die Werthaltung gegenüber einem Gesellschaftssystem kann zwar einen Einfluß darauf ausüben, ob man die Frage nach den Veränderungsmöglichkeiten überhaupt stellt, sie kann aber der Inhalt der Antwort auf diese Frage nicht beeinflussen.

Außerlich erkennbar ist der politische Irrationalismus<sup>2)</sup> daran, daß emotional normative Begriffe, die nur für Werturteile adäquat sind, auch für Aussagen über empirische Sachverhalte gebraucht werden. Mit solchen normativen Begriffen oder mit den oben zi-

<sup>2)</sup> Vergl. zum Begriff des politischen Irrationalismus Horst Heimann, Demokratischer Sozialismus in Ost und West, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2. September 1972, B 36—37/72, vor allem S. 7—10 und S. 23—24; im Folgenden Verweise auf diesen Aufsatz im Text in Klammern (Dem. Soz. S. ).



tierten Begriffen wie „Zermürbung“, „Entmutigung“, „Hoffnungslosigkeit“, die nur Gemütszustände beschreiben, sind keine für zweckrationales Handeln erforderlichen Ein-

sichten in die Wirklichkeit zu vermitteln, ist die Wirklichkeit nicht zielstrebig zu beeinflussen, damit sind höchstens Gemütszustände zu beeinflussen.

## Abstrakte Utopie und Germanozentrismus?

Sowohl K. M. Kreis als auch K. C. Thalheim stellen meinen Anspruch, Anregungen zu einer konkreten Utopie zu geben, in Frage. (K. M. Kreis a. a. O. S. 3 ff.; K. C. Thalheim a. a. O. S. 5) Kreis erläutert seinen Vorwurf, meine Überlegungen gingen so weit über aktuelle Probleme hinaus, daß sie zur abstrakten Utopie werden, mit dem Hinweis auf den von Alfred Grosser gebrauchten Begriff „Germanozentrismus“. Kreis meint, daß die germanozentrische Betrachtungsweise der Weltpolitik, die sich früher vom Druck der deutschen Teilung herleitete, inzwischen aber nicht mehr angemessen ist, auch für meine Überlegungen über die Neuvereinigung Deutschlands charakteristisch sei. Der Vorwurf, daß ich alle anderen politischen Gesichtspunkte und Fragen im Sinne einer germanozentrischen Betrachtungsweise dem absoluten Ziel der Neuvereinigung unterordne, wird im letzten Abschnitt noch einmal wiederholt, wenn Kreis den Eindruck zu erwecken versucht, ich würde die Gestaltung der inneren Reformpolitik dem außenpolitischen Ziel der deutschen Einheit unterordnen und im Interesse dieses Zieles sogar die innere Anpassung der BRD an die DDR empfehlen. (Kreis a. a. O. S. 12) Das Mißverständnis, daß ich innenpolitische Fragen außenpolitischen Zielen unterordne, klingt auch bei K. C. Thalheim an, wenn er meint, bei meiner Forderung nach systemüberwindenden inneren Reformen handle es sich um Vorleistungen des Westens im Interesse der west-östlichen Konvergenz. Auch in einer Kritik von Ernst Majonica lautet ein zentraler Einwand, daß für meine Überlegungen ein Grundprinzip konservativen politischen Denkens kennzeichnend sei, nämlich ein Primat der Außenpolitik gegenüber der Innenpolitik<sup>3)</sup>.

Es wäre gewiß zu einfach, diese Vorwürfe nur als ungerechtfertigte Fehlinterpretationen zurückzuweisen. Meines Erachtens sind diese Mißverständnisse und Fehldeutungen auch deshalb entstanden, weil sich meine politischen Anschauungen und Zielvorstellungen

nicht nur inhaltlich von denen meiner Kritiker unterscheiden, sondern weil ich von ganz anderen Voraussetzungen ausgehe, die ich aber offenbar noch nicht deutlich genug herausgearbeitet habe.

Ich stimme allen Argumenten zu, mit denen K. M. Kreis eine germanozentrische Betrachtungsweise ablehnt, vor allem der Einsicht, daß die Bundesrepublik kein Provisorium auf dem Wege zur deutschen Einheit ist, daß sowohl die BRD als auch die DDR auf absehbare Zeit in den gegenwärtigen Grenzen bestehende Staaten sind und daß die westdeutsche Außenpolitik nach den gleichen Kategorien zu betreiben ist wie die anderer Staaten. Es ist sogar ein durchaus annehmbarer Standpunkt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden und „sich mit den Ergebnissen der neuen Deutschland- und Ostpolitik zu begnügen und auf das für die politische Praxis mehr deklamatorische Bekenntnis zur deutschen Einheit zu verzichten.“ (Dem. Soz. S. 13) Solange sich aber Regierung und Opposition zum Ziel der deutschen Einheit bekennen, ist es keineswegs Ausdruck einer germanozentrischen Betrachtungsweise, sich über gangbare Wege zur Neuvereinigung Gedanken zu machen. Die „Anregungen zu einer konkreten Utopie“ sollen in diesem Zusammenhang nur auf eine Richtung hinweisen, in der langfristig eine Lösung der deutschen Frage denkbar ist, aber sie sind nicht als Aktionsprogramm zu verstehen, das konkrete Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles in den nächsten Jahren angeben will. Im Interesse oder unter Berufung auf das Ziel der Neuvereinigung, daß in den nächsten Jahren gewiß nicht zu erreichen ist, soll auch keineswegs — wie in der traditionellen Wiedervereinigungspolitik — auf eine aktive Politik für andere, erreichbare Ziele verzichtet werden. In der traditionellen germanozentrischen Wiedervereinigungsideologie der fünfziger und sechziger Jahre bestand insofern in der Tat ein negatives Junktim zwischen dem Ziel der deutschen Einheit und anderen politischen Problemen, als unter Berufung auf das nationale Ziel außenpolitische Entscheidungen, die unter internationalen Gesichtspunkten notwendig waren, unterlassen wurden

<sup>3)</sup> Ernst Majonica, Neuvereinigung durch Sozialismus? in: Die Politische Meinung, 17. Jg. H. 145, Nov./Dez. 1972.

und auch von notwendigen innenpolitischen Reformen abgelenkt wurde. Dagegen besteht in meiner Konzeption eine positive und konstruktive Verbindung zwischen dem Ziel der Neuvereinigung und anderen Problemen: Gerade im langfristigen Interesse dieses nationalen Zieles der Neuvereinigung ist es erforderlich, die auch unter internationalen Gesichtspunkten notwendige Entspannungspolitik konsequent weiterzuführen und die unter innenpolitischen Gesichtspunkten schon überfällige Reformpolitik zu beginnen.

Die Innen- und Außenpolitik, die ich befürworte, ist zu begründen auch ohne Berücksichtigung der Frage, welche Bedeutung sie für die Neuvereinigung hat. Daher habe ich auch ausdrücklich festgestellt, daß systemüberwindende Reformen in der Bundesrepublik nicht als Preis für ein außenpolitisches Arrangement mit dem Osten über die deutsche Einheit anzusehen sind, sondern auch unabhängig von ihren Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen, unter rein innenpolitischen Gesichtspunkten zur Lösung der inneren Probleme in unserer Gesellschaft notwendig sind. (Dem. Soz. S. 20 ff.) Und es ist doch gewiß auch keine germanozentrische Betrachtungsweise, wenn ich das Ziel der deutschen Einheit unter Hinweis auf die der gesamten Menschheit drohenden Gefahren wie folgt relativiere: „Angesichts dieser die Existenzgrundlagen der Menschheit bedrohenden Gefahren wird die Frage der staatlichen Einheit oder Teilung Deutschlands zu einem relativ nebensächlichen Problem.“ (Dem. Soz. S. 22) Da die aus dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erwachsenden Gefahren die Menschheit am ernsthaftesten bedrohen, darf eine Lösung dieser Probleme auf keinen Fall dem wirklich nebensächlichen Problem der deutschen Einheit untergeordnet werden. Der zentrale Gedanke meiner „Anregungen zu einer konkreten Utopie“ liegt in der These, daß gerade eine konsequente Gesellschaftspolitik zur Lösung der inneren Probleme und zur Abwehr der drohenden Gefahren eine Chance enthält, auch dem nebensächlichen Ziel der deutschen Einheit näher zu kommen.

Wenn dennoch der Eindruck entstehen konnte, daß ich der Außenpolitik ein Primat gegenüber der Innenpolitik zubillige und die Lösung innenpolitischer Fragen dem höherrangigen und germanozentrischen Ziel der deutschen Einheit unterordne, so liegt das auch daran, daß die Frage der Wiedervereinigung immer als außenpolitisches Problem angesehen und mit außenpolitischen Kategorien analysiert wurde. Auch diejenigen, die in der DDR nur einen von fremden Truppen besetz-

ten Teil der Bundesrepublik sahen, erörterten das Problem der Wiedervereinigung immer mit außenpolitischen Kategorien, erwarteten die Verwirklichung dieses Zieles von einem internationalen Abkommen, überlegten, durch welche außenpolitischen Initiativen und durch welche Konstellation der internationalen Beziehungen die Spaltung überwunden werden könnte. Daher begründet K. M. Kreis seinen Vorwurf, es handle sich bei meinen Überlegungen um eine abstrakte Utopie und eine germanozentrische Betrachtungsweise, auch mit zahlreichen außenpolitischen Argumenten und mit einem ganzen Katalog außenpolitischer Probleme, Fragen und Thesen, die ich hätte berücksichtigen müssen bei der Suche nach einer konkreten Utopie zur Neuvereinigung.

Seine mit außenpolitischen Kategorien begründete Kritik läßt den Eindruck entstehen, daß K. M. Kreis zu den von ihm erwähnten außenpolitischen Fragen ganz andere Auffassungen und Einsichten vertritt als ich. Doch gerade an diesen Beispielen ist zu zeigen, daß die Differenzen zwischen uns nicht vorwiegend in einer unterschiedlichen Einschätzung konkreter außenpolitischer Konstellationen liegen, sondern vielmehr im methodischen Ansatz und in Prämissen des politischen Denkens. Denn ich teile fast vollständig die im Abschnitt „Das Denken in Blöcken — eine verkürzte Sicht der Wirklichkeit“ überzeugend dargestellte Einschätzung des Spannungsverhältnisses zwischen den Interessen des Gesamtblocks und dem Interesse an der „Freiheit der Eigenentwicklung“ der Einzelstaaten. Auch ich weiß selbstverständlich, daß es keine monolithisch einheitlichen Blöcke gibt, daß die schwächeren Partner nicht immer das gleiche wollen wie die Führungsmacht, daß das Verhalten der Staaten auch durch nationale Sonderinteressen bestimmt wird, daß die Beziehungen zwischen den Staaten Europas vielfältiger Natur sind, daß die Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion andere Inhalte hat und andere Probleme lösen muß als z. B. gegenüber Ungarn oder Polen. Diese Differenzierungen zwischen den einzelnen Ländern des Ostblocks sind für viele Fragen der praktischen Außenpolitik gewiß von großer Bedeutung. Und damit die außenpolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik optimal genutzt werden können, ist in der Tat „westdeutsche Außenpolitik in Praxis und Theorie grundsätzlich nach den gleichen Kategorien (zu) betreiben und (zu) untersuchen wie die anderer europäischer Staaten.“ (Kreis a. a. O. S. 4)

Wenn man die deutsche Teilung als Problem der internationalen Beziehungen versteht, in einem Aufsatz zu diesem Thema die oben erwähnten Gesichtspunkte der internationalen Politik aber nicht behandelt werden, dafür im Zusammenhang mit dem Ziel der Neuvereinigung von innenpolitischen Reformen die Rede ist, dann kann man gewiß den Eindruck gewinnen, es handle sich um eine Position, die die Lösung innenpolitischer Fragen dem außenpolitischen Ziel der Neuvereinigung unterordnet, und darüber hinaus um eine abstrakte Utopie, weil die für diese Frage relevanten außenpolitischen Probleme gar nicht untersucht wurden.

Es ist richtig, daß die westdeutsche Außenpolitik nach den gleichen Kategorien wie die anderer Länder zu untersuchen und zu betreiben ist und die spezifischen Differenzen innerhalb des Ostblocks zu berücksichtigen hat. Aber mit diesen außenpolitischen Kategorien ist nicht die Frage zu untersuchen, auf welchem Wege die deutsche Teilung zu überwinden ist. Es wäre realitätsferner Utopismus, bei der Suche nach einer Politik für die deutsche Einheit anzusetzen bei den Sonderinteressen und Nebenrollen der einzelnen Staaten des Ostblocks. Wer das Problem der deutschen Teilung mit außenpolitischen Kategorien analysiert — und zwar seit Anerkennung der DDR im Jahre 1955 als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems — kann nur zu dem Ergebnis gelangen, daß keine außenpolitische Konstellation denkbar ist, in der die Teilung zu überwinden ist und daher alle Überlegungen zu dieser Frage nur abstrakte Utopie bleiben können. Eine konkrete Utopie wäre nur zu entwickeln, wenn unter verschiedenen realen Entwicklungstendenzen eine Tendenz erkennbar wäre, die zu einer die deutsche Einheit ermöglichenden außenpolitischen Konstellation führen könnte, und wenn gleichzeitig anzugeben wäre, durch welche praktische Außenpolitik diese Konstellation herbeigeführt werden könnte. Da aber die Ursache und der spezifische Charakter der deutschen Teilung primär im Gegensatz zwischen zwei konkurrierenden Gesellschaftssystemen liegen, ist sie überhaupt nicht durch neue außenpolitische Konstellation zu überwinden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist nicht die außenpolitische Staatsräson einzelner Staaten für die Neuvereinigung relevant, sondern die für alle Staaten verbindliche Gesellschaftsräson beider Blöcke. Die Frage nach gangbaren Wegen zur Einheit ist daher mit gesellschaftspolitischen Kategorien zu untersuchen, und Politik für die Neuvereinigung kann da-

her nicht Außenpolitik, sondern nur Gesellschaftspolitik sein, die den gesellschaftspolitischen Gegensatz zwischen den beiden Blöcken überwindet. Aus diesem Grunde muß eine zentrale Fragestellung lauten, welche politischen Lösungen mit den Minimalinteressen des östlichen und des westlichen Gesellschaftssystems so weit zu vereinbaren, daß sie nicht zu einem revolutionären Umsturz des einen Systems zugunsten des konkurrierenden Systems führen. (Vergl. dazu Dem. Soz. S. 27)

Während ich im bisherigen Teil meiner Entgegnung die Einwände von K. M. Kreis durch den Hinweis auf meinen grundsätzlich anderen Zugang zum Problem offensichtlich unterlaufen oder umgehen konnte, bietet vor allem der Abschnitt „Vom außenpolitischen zum innenpolitischen Dualismus“ eine Möglichkeit, seine Argumente in stärkerem Maße zur Klärung des Selbstverständnisses von sozialistischer Theorie zu verarbeiten. Allerdings wird hierbei auch ein Nachteil der schriftlichen Kontroverse sichtbar, daß es nämlich nicht wie im mündlichen Dialog möglich ist, eventuelle Unklarheiten oder Mißverständnisse sofort durch eine Zwischenfrage zu beseitigen. Zu seinen Ausführungen gegen das Freund-Feind-Schema, denen ich voll zustimme, wäre die Zwischenfrage zu stellen, ob K. M. Kreis mit seiner überzeugenden Kritik am simplifizierenden Freund-Feind-Denken

a) meine Konzeption als konkretes Beispiel für dieses Denken ablehnen will oder

b) seine Übereinstimmung mit meinen Ausführungen gegen das Freund-Feind-Denken besonders hervorheben möchte.

Sein kritischer Hinweis auf „die Kategorie des totalen Gegners, des Feindes, der letzten Endes sogar zu vernichten ist“ (K. M. Kreis a. a. O. S. 7) kann sich nur auf die Stellen meines Aufsatzes beziehen, in denen ich bestehende Konzeptionen dieses Freund-Feind-Denkens referiert habe (Dem. Soz. S. 9 f. und S. 14 f.) und zwar um zu zeigen, daß das Freund-Feind-Schema die bestehenden Probleme nicht angemessen zu erklären vermag und auch keinen Ansatz zu ihrer Lösung bietet. Obwohl dieses Freund-Feind-Schema im Vergleich zur Zeit des kalten Krieges gegenwärtig nicht mehr so wirksam ist, dient es doch noch immer dazu, die Unterordnung der kleineren Mächte unter den Willen der Führungsmächte zu rechtfertigen und innenpolitische Kritiker zu diffamieren.

Wenn ich aber trotz aller Lockerungstendenzen davon ausgehe, daß die bipolare Struktur

der internationalen Beziehungen im nordatlantisch-europäischen Raum noch weiter besteht, so ist das eine Tatsachenaussage, die natürlich mit dem emotional wertenden Freund-Feind-Schema nichts zu tun hat. Da ich aber den noch immer bipolar strukturierten Gegensatz zwischen Ost und West nicht wie John Foster Dulles und Konrad Adenauer als Kampf zwischen dem Guten und dem Bösen interpretiere, sehe ich auch die von Kreis erwähnten Differenzierungen und Probleme, meine allerdings, daß sie keinen Ansatz für eine Politik der Neuvereinigung bieten.

Wenn ich die Entstehung der Interpretation des Ost-West-Konfliktes im Sinne des Freund-Feind-Denkens aus dem Bemühen innenpolitischer Gruppen erklärt habe, von innenpolitischen Gegensätzen, Problemen, Ungerechtigkeiten mit Hilfe eines äußeren Feindbildes abzulenken, so habe ich damit keineswegs gesagt, daß es innenpolitisch den echten und klaren Trennungsstrich zwischen den „Guten“ und den „Bösen“ gibt, daß die „Bösen“ in jedem Gesellschaftssystem bewußt das äußere Feindbild entworfen hätten, um von ihrer eigenen „Bösartigkeit“ abzulenken und den unausbleiblichen Endsieg der „Guten“ zu verzögern. (Vergl. dazu Dem. Soz. S. 7 ff.) Daher ist auch die Idee, den außenpolitischen Konflikt zwischen Ost und West durch gesellschaftspolitische Veränderungen in beiden Systemen schrittweise zu überwinden, nicht mit der naiven Vorstellung zu verwechseln, daß dieser von den innenpolitisch „Bösen“ künstlich erzeugte Konflikt dadurch beendet wird, daß im tatsächlich vorhandenen inneren Freund-Feind-Gegensatz die „Guten“ endlich die „Bösen“ besiegen und vernichten.

Wenn ich mit diesen überspitzten Formulierungen eine Übertragung des Freund-Feind-Schemas aus dem Bereich der Außenpolitik auf die Innenpolitik selbst ad absurdum führen will, so nicht nur deshalb, um mich gegen die Vermutung von Kreis zu verteidigen, mein „Grundfehler“ sei „die Annahme eines extrem einfachen, ja simplen Erklärungsschemas für die internationale Politik in Europa“ (Kreis a. a. O. S. 11) und ich wäre der Meinung, daß „die äußeren Spannungen nur aus einer inneren ‚Grundspannung‘ hervorgehen“ und „die Außenpolitik von dem Bedürfnis beherrscht und definiert wird, ein Feindbild bereitzustellen“. (Kreis a. a. O. S. 7) Darauf ausführlicher einzugehen scheint mir auch deshalb notwendig, weil es in der sozia-

listischen Theorie tatsächlich Tendenzen gibt, nur innen- und gesellschaftspolitische Probleme zu sehen und alle außenpolitischen Konflikte monokausal aus dem angeblich einzig realen Widerspruch abzuleiten, nämlich aus dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der für alle Nebenwidersprüche die richtige Erklärung liefert. Dieser simplifizierenden Sicht ist auch von einem sozialistischen Standpunkt zu widersprechen. Denn für den Sozialismus weit schädlicher als die Schwächen und Fehler, die man seinen Anhängern unterstellt, sind die, die sie tatsächlich haben.

Unbeholfen gegenüber außenpolitischen Problemen sind vor allem jene Denker, denen es infolge einer zweifelhaften Rezeption der 11. Feuerbach-These von Marx<sup>4)</sup> darauf ankommt, den Marxismus verschieden zu interpretieren, statt die Welt zu verändern. Diese Denker sind deshalb in einer besonders schwierigen Lage, weil Karl Marx über die internationale Politik nicht, wie beabsichtigt, ein so umfangreiches Werk verfaßte wie über ‚Das Kapital‘. Daher haben sie bei ihren außenpolitischen Reflexionen wenig zu interpretieren und müssen vor allem aus anderen Analysen von Marx extrapolieren, was er wohl über die internationale Politik hätte denken können.

Gegen die in der Tat simplifizierenden Erklärungsversuche stimme ich einem sozialistischen Theoretiker zu, der den dogmatischen Ansatz, der alles aus dem inneren Grundwiderspruch und ökonomisch erklärt, mit folgenden Beispielen ad absurdum führt: „Es wird sich aber kaum ohne Pedanterie behaupten lassen, daß unter den vielen Kleinstaaten Norddeutschlands gerade Brandenburg durch ökonomische Notwendigkeit und nicht auch durch andere Momente (vor allem seine Verwicklung, durch den Besitz von Preußen, mit Polen und dadurch mit internationalen politischen Verhältnissen — die ja auch bei der Bildung der österreichischen Hausmacht entscheidend sind) dazu bestimmt war, die Großmacht zu werden, in der sich der ökonomische, sprachliche und seit der Reformation auch religiöse Unterschied des Nordens vom Süden verkörperte. Es wird

<sup>4)</sup> Die 11. These von Marx über Feuerbach lautet: Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

schwerlich gelingen, die Existenz jedes deutschen Kleinstaates der Vergangenheit und Gegenwart oder den Ursprung der hochdeutschen Lautverschiebung... ökonomisch zu erklären, ohne sich lächerlich zu machen." <sup>5)</sup> Das schrieb Friedrich Engels schon 1890, als er das Werk von Karl Marx gegen simplifizierende Deutungen verteidigte und sich dagegen verwahrte, daß der historische Materialismus zu einer Phrase wurde, die „nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu (dient), ihre eignen relativ dürftigen historischen Kenntnisse... schleunigst systematisch zu-rechtzukonstruieren und sich „dann sehr gewaltig vorzukommen“ <sup>6)</sup>.

Daher ist es gewiß unzulässig, die äußeren Spannungen nur aus den inneren Grundspannungen abzuleiten und anzunehmen, die Struktur des internationalen Beziehungssystems werde einseitig und unvermittelt durch die inneren Strukturen der Gesellschaftssysteme bestimmt. Außenpolitische Spannungen müssen nicht unbedingt von interessierten innenpolitischen Gruppierungen bewußt für innenpolitische Zwecke erzeugt werden, sie können vielmehr auch in relativer Unabhängigkeit von innenpolitischen Faktoren durch andere Faktoren bedingt und ausgelöst werden. Diese Struktur der internationalen Beziehungen kann dann auch auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen zurückwirken und innenpolitische Entscheidungen beeinflussen. Ebenso ist es möglich, daß innenpolitische Gruppen sich mit Hilfe des Freund-Feind-Schemas des außenpolitischen Konfliktes zur Durchsetzung innenpolitischer Ziele bedienen und ihn auch aus diesem Motiv weiter schüren.

Außenpolitische Faktoren und unterschiedliche Verhältnisse zwischen Staaten wie „Bündnis, Konkurrenz, Gewaltandrohung, Gewaltverzicht, partielle Zusammenarbeit bei gleichzeitiger partieller Rivalität usw.“ (Kreis a. a. O. S. 7) besitzen in der Tat eine relative Selbständigkeit gegenüber innenpolitischen Faktoren. Das bedeutet natürlich auch, daß nicht etwa die Außenpolitik eines Staates grundsätzlich und ausschließlich die innenpolitische Funktion hat, die Unterprivilegierten weiter zu unterdrücken und den sozialen Fortschritt zu hemmen. Daher treten auch „innerhalb und zwischen den ‚Blöcken‘

nuancierte Beziehungs- und Verhaltensmuster auf, die eben nicht einfach aus der Position der Herrschenden gegenüber den Beherrschten abgeleitet werden können“. (Kreis a. a. O. S. 7) So gehe ich auch von der Annahme aus, daß die Selbstbehauptung eines Staates und eines Gesellschaftssystems gegen die äußere Konkurrenz und Bedrohung auch im Interesse der progressiven innenpolitischen Kräfte liegt; auch die Anhänger eines demokratischen Sozialismus haben kein Interesse daran, daß die westliche Machtelite durch eine östlich orientierte Machtelite abgelöst wird. Ebenso liegt die Selbstbehauptung der östlichen Staaten und ihres Gesellschaftssystems gegen die westliche Konkurrenz auch im Interesse derjenigen innenpolitischen Kräfte, die das autoritär-bürokratische System schrittweise überwinden wollen.

Dagegen gibt es durchaus innenpolitisch bedingte Interessenunterschiede über die spezifischen Formen dieser Selbstbehauptung, die grundsätzlich im Interesse aller liegt. Freund-Feind-Denken, kalter Krieg und Rüstungswettlauf sind aber spezifische Formen dieser Selbstbehauptung, die den Interessen der progressiven innenpolitischen Kräfte zuwiderlaufen. Außenpolitische Entspannung und Bemühungen um Rüstungsbeschränkungen liegen daher im Interesse der innenpolitischen Reformer, obwohl die internationale Entspannung keineswegs automatisch und naturnotwendig innenpolitische Reformen vorantreibt. So wie die außenpolitische Entspannung nicht nur abhängig ist von einer vorangehenden gesellschaftspolitischen Konvergenz, so ist auch die Entspannung keineswegs eine Garantie für eine darauf folgende innere Angleichung der Systeme. Ich unterstelle also nicht, wie Kreis meint, „daß das Verhältnis zwischen Staaten sich nur nach dem Grad ihrer ‚inneren Verwandtschaft‘ bemißt“. (Kreis a. a. O. S. 10)

Aus diesen Gründen wird eine Politik für die Neuvereinigung auch die von Kreis angesprochenen außenpolitischen Probleme analysieren und lösen müssen. Ich habe diese Fragen deshalb nicht untersucht, weil ich kein politisches Aktionsprogramm für die kurz bevorstehende Wiedervereinigung vorgelegt habe, sondern weil ich als Anregung für die Diskussion über gangbare Wege zu diesem Ziel vor allem auf den gesellschaftspolitischen Aspekt hinweisen wollte, in dem die Hauptursache der Teilung und daher auch der Ansatzpunkt für ihre Überwindung zu sehen ist. Wenn ich dagegen all die von Kreis angesprochenen außenpolitischen Probleme analysiert und zu lösen versucht hätte, so

<sup>5)</sup> Friedrich Engels in einem Brief an J. Bloch vom 21./22. Sept. 1890, in: Marx-Engels I, Studienausgabe — Philosophie, hersg. von I. Fetscher, Frankfurt 1966, S. 226 f.

<sup>6)</sup> Friedrich Engels in einem Brief an C. Schmidt vom 5. Aug. 1890. Ebd. S. 225.

wäre das gerade kein Beitrag zur Diskussion über einen gangbaren Weg zur Neuvereinigung gewesen. Denn diese Fragen sind erst zu analysieren und zu lösen, wenn ein realer Prozeß der gesellschaftspolitischen Konvergenz das Haupthindernis einer Neuvereinigung zu überwinden beginnt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich aber das internationale Beziehungsgefüge von der heutigen Situation unterscheiden, so daß heute nur Spekulationen über die dann auftretenden außenpolitischen Probleme möglich sind. Allerdings bin ich auch schon heute der Auffassung, daß eventuelle außenpolitische Hindernisse wesentlich leichter zu überwinden sein werden als das Haupthindernis, nämlich der gesellschaftspolitische Gegensatz zwischen Ost und West. Für vereinbar mit der Staats- und Gesellschaftsräson unserer westlichen und östlichen Nachbarn in einer gesellschaftspolitisch veränderten Situation halte ich eine Neuvereinigung Deutschlands deshalb, weil sie — selbst wenn nicht für alle wünschenswert — für keinen in dem Maße unzumutbar sein wird wie eine Wiedervereinigung in Form eines Anschlusses ganz Deutschlands an einen der konkurrierenden Blöcke.

Der Einwand von Kreis, daß ich die Neuvereinigung als Herauslösung beider deutscher Staaten aus ihren Blöcken verstehe (Kreis a. a. O. S. 10) und daß dabei der Westen mehr aufgeben müßte (Kreis a. a. O. S. 10) ist insofern zu entkräften, als zwar die Gesellschaftspolitik für dieses Ziel schon beginnen müßte, während die Blöcke noch bestehen, die Neuvereinigung aber erst zu vollziehen wäre nach Überwindung des gesellschaftspolitischen Gegensatzes zwischen Ost und West. Eine Synthese beider Systeme würde aber keinesfalls zu einem monolithischen Gesellschaftssystem in allen Ländern führen. Die Überwindung des antagonistischen Ost-West-Gegensatzes kann im Gegenteil die Chancen für eigene Wege zum Sozialismus erhöhen und die bipolare durch eine pluralistische Struktur der politischen Beziehungen in Europa ersetzen.

Auf den wiederholt vorgetragenen Vorwurf von Kreis, daß mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet werden, der Phantasie keine Grenzen gesetzt sind und der Leser ratlos bleibt, möchte ich im Zusammenhang mit folgenden Feststellungen von K. C. Thalheim eingehen: Da ich die Konvergenz nicht aus den objektiven Sachzwängen der Industriegesellschaft ableite, also nicht an ihre Zwangsläufigkeit glaube, sondern von menschlichen Entscheidungen abhängig mache, bekomme „die Beantwortung der Frage, ob es zur Kon-

vergenz kommt oder nicht, ... einen erheblichen Unsicherheitsgrad“ und „bewegt er sich mit seinen Thesen auf einem schwankenden Boden“. (K. C. Thalheim a. a. O. S. 6)

Dieser „Unsicherheitsgrad“, der „schwankende Boden“ meiner Thesen, das Entstehen neuer Fragen, so daß die Leser ratlos bleiben — all das hängt damit zusammen, daß ich kein simples Erklärungsschema anerkenne, mit dessen Hilfe alle Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als beantwortet anzusehen sind. Meine Thesen über eine mögliche und wünschenswerte Konvergenz bewegen sich deshalb auf schwankendem Boden und werfen mehr Fragen auf als sie beantworten, weil sich die ganze Menschheit mit ihrer Geschichte auf einem schwankenden Boden bewegt. Sicherheit und Gewißheit über den künftigen Gang der Geschichte und über die objektiv richtige Lösung aller Probleme kann es zwar in den Köpfen der Menschen geben; aber das ist dann eine durch intellektuellen Selbstbetrug entstandene Sicherheit und Gewißheit, die eine optimale Lösung der Probleme in der Wirklichkeit nicht erleichtert, sondern erschwert und die den schwankenden Boden nur noch gefährlicher macht. Diese Klarstellung scheint mir auch notwendig, um dem Mißverständnis Thalheims zu widersprechen, ich hätte als „Verkünder dieser nahezu chiliastischen Hoffnung“ „das Bild einer heilen Zukunftswelt gezeichnet“ (K. C. Thalheim a. a. O. S. 6) und mir erscheine der „Sozialismus als nahezu problemlose heile Welt der Zukunft“. (K. C. Thalheim a. a. O. S. 16) Obwohl ich diese Vorstellungen nicht vertreten habe, ist doch eine Kritik an ihnen deshalb notwendig, weil sie zum Schaden der sozialistischen Bewegung wieder an Einfluß gewinnen. Gegen diese irrationale Tendenz im sozialistischen Denken ist darauf hinzuweisen, daß das Prinzip Hoffnung, ohne das es keine sozialistische Bewegung geben kann, nichts zu tun hat mit einer chiliastischen Hoffnung. Denn Ziel des Sozialismus ist es nicht, daß die Menschen einen problemlosen Endzustand und Abschluß der Geschichte erreichen, sondern daß sie beginnen, Geschichte nicht mehr nur zu erleiden, sondern bewußt zu machen, den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen und Zielvorstellungen bewußt zu beeinflussen.

Die folgenden Antworten auf Thalheims Argumente für die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und gegen eine sozialistische Alternative werden und sollen die Probleme nicht endgültig lösen, sondern vor allem Schwerpunkte für die weitere Diskus-

sion anzeigen und auch neue Fragen aufwerfen.

Einleitend verweist Thalheim auf ein wichtiges Merkmal früherer Kapitalismuskritik: sie kritisierte nicht nur den Kapitalismus, sondern sagte ihm immer wieder den sicheren Untergang voraus. Da aber der Kapitalismus — statt an seinen inneren Widersprüchen zusammenzubrechen — einen Wandlungsprozeß durchmachte, allen Prognosen zum Trotz eine ungebrochene Vitalität und ökonomische Leistungsfähigkeit zeigt und auch wichtige soziale Probleme gelöst hat, hält Thalheim die auf Überwindung dieses Systems zielende Kritik nicht mehr für überzeugend. Mit diesen Argumenten hat er aber nur gezeigt, daß eine Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr von der Annahme ausgehen kann, er werde an seinen inneren Widersprüchen naturnotwendig zusammenbrechen und eine sozialistische Alternative sei auch notwendig, um das durch den Kapitalismus gehemmte quantitative Wachstum der Produktion wieder zu beschleunigen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt Richard Löwenthal in einer Analyse der Chancen des Sozialismus zu dem Ergebnis, daß sich das Problem einer sozialistischen Umgestaltung von Industriegesellschaften gegenwärtig völlig anders stellt als im 19. und noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: „Was wirklich geschehen ist, ist jedoch, daß unter dem Antrieb des Profitstrebens die Destruktivkräfte parallel mit den Produktivkräften zugenommen haben — nicht nur in dem bekannten Sinn der zunehmenden Destruktivkraft moderner Waffen, sondern in dem neuen Sinn der zunehmend destruktiven Auswirkung der modernen industriellen Technik auf die Umwelt und die Naturschätze — bis zu dem Punkt, wo sie nun drohen, die Produktivkräfte zu überholen. Es scheint, als tendiere die Beschleunigung des technischen Fortschritts unter dem Profitsystem zur Zerstörung der eigenen materiellen Grundlagen. Der Ruf nach ‚Sozialismus‘ verwandelt sich so aus einer Forderung, die Produktivkräfte von den Fesseln des kapitalistischen Eigentums zu befreien, in eine Forderung, das vom Profitantrieb hervorgerufene, unkontrollierte Anwachsen dieser Produktivkräfte zu zügeln, um ihre destruktiven Wirkungen unter Kontrolle zu bringen.“<sup>7)</sup> Die gesellschaftliche Kontrolle der Produktivkräfte, die Löwenthal „nur in einer Demokratie vom freiheitlich-pluralistischen Typus“ für möglich hält, ist also nicht aus ideologischen oder

weltanschaulichen Gründen anzustreben, sondern um das Überleben der Menschheit zu sichern: „Ein politischer Erfolg des Sozialismus in diesem Sinne könnte offenbar nur gegen gewaltige Widerstände durchgesetzt werden, und er bliebe weit davon entfernt, ein utopisches Paradies einzuläuten. Er würde ‚nur‘ das Überleben sichern — für eine von Selbstzerstörung bedrohte Menschheit, für unsere Form der Demokratie und für unsere Zivilisation.“<sup>8)</sup>

Auch die Argumente, die den Widerspruch zwischen demokratischen Prinzipien und privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hervorheben, hält Thalheim für entkräftet, indem er unter Hinweis auf die Unterschiede zwischen dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem und dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts meint, dadurch „ist sowohl die ökonomische als auch die politische Machtstellung der Kapitaleigner so erheblich eingeschränkt worden, . . .“ (Thalheim a. a. O. S. 12) Dieser Einschätzung ist entgegenzuhalten, daß infolge der für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder kennzeichnenden Konzentration und der internationalen Verflechtung der Produktionsmittel das gegenwärtige System noch weit undemokratischer geworden ist als der liberale Konkurrenz-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Denn eingeschränkt wurde nur die absolute und relative Zahl derjenigen, die dank des Privateigentums noch wirkliche ökonomische Dispositionsfreiheit besitzen und noch unternehmerische Initiative entfalten können. Dagegen wurde die politische und ökonomische Macht dieser zahlenmäßig kleiner gewordenen Gruppe noch größer. Dieser sich noch ständig verstärkende Konzentrationsprozeß entwertet aber auch die Argumente, mit denen Thalheim die Bedeutung der „unternehmerischen Initiative“ und der „unternehmerischen Marktwirtschaft“ für die wirtschaftliche Dynamik und das weiterhin notwendige wirtschaftliche Wachstum hervorhebt. (Thalheim a. a. O. S. 14) Denn durch marktbeherrschende Unternehmen und vielfältige Abhängigkeiten sind die Spielräume für unternehmerische Initiativen weitgehend eingeschränkt. Daher kann der heutige Kapitalismus mit den auf den liberalen Konkurrenz-Kapitalismus bezogenen Argumenten weder kritisiert noch verteidigt werden.

In diesem Zusammenhang ist noch auf einige Argumente und Begriffe einzugehen, mit denen Thalheim und auch andere nachzuweisen

<sup>7)</sup> Richard Löwenthal, Mit dem Sozialismus überleben, in: Die Zeit, Nr. 16, 13. April 1973, S. 5.

<sup>8)</sup> Ebd. S. 5.

versuchen, daß die sozialistische Alternative schlechter sei als das bestehende kapitalistische System, und zwar deshalb, weil „Reformen, die zum Sozialismus hinführen, also doch mindestens für große Teile der Ordnungen menschlichen Zusammenlebens Kollektivierung bedeuten“. (Thalheim a. a. O. S. 7) Indem dem negativen Begriff einer kollektivistischen Ordnung positive Begriffe wie „nichtkollektivistische Ordnung“, „individuelle Initiative“, „unternehmerische Initiative“ entgegengestellt werden, kann der Eindruck erweckt werden, die als „kollektivistisch“ qualifizierte sozialistische Ordnung wäre gekennzeichnet durch weniger Freiheit der Individuen, durch weniger Möglichkeiten, die eigene Individualität frei zu entfalten, durch mehr Unterordnung und Gehorsam als die freiheitliche kapitalistische Ordnung.

Wenigstens in einigen Stichworten sei der Befürchtung widersprochen, daß alle Menschen ihre Freiheit, ihr persönliches Interesse an der Arbeit und die Möglichkeiten zur schöpferischen Selbstverwirklichung verlieren, wenn wenige Kapitaleigner die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verlieren. Abgesehen von der zunehmenden Einschränkung der Marktwirtschaft durch die Konzentration der Produktionsmittel ist die unternehmerische Freiheit nur zu realisieren, wenn dem einen freien Unternehmer eine größere Gruppe von Lohnabhängigen zur Verfügung steht, die keine unternehmerische Initiative entfalten kann, sondern in einem „kollektivistischen“ Unterordnungsverhältnis zum freien Unternehmer steht. Daher ist die gegenwärtige individualistische kapitalistische Wirtschaftsordnung für die große Mehrheit der Bevölkerung eine „kollektivistische Ordnung“. Das Grundmotiv für einen demokratischen Sozialismus ist es nun nicht, den wenigen freien Unternehmern die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und freien Entscheidung im Arbeitsprozeß auch noch zu entziehen. Ziel ist es vielmehr, mehr Menschen bessere Möglichkeiten der Mitbestimmung und Selbstverwirklichung im Arbeitsprozeß zu geben.

Daß die Mitbestimmung der Arbeiter nicht zu einem Rückgang, sondern im Gegenteil zu einer Steigerung der Produktivität führen kann, sei an folgendem Beispiel gezeigt, über das Michael Jungblut in der Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtete: „Der Erfolg des Experiments ist verblüffend. Seit die Belegschaft an der Gestaltung des Arbeitsablaufs mitwirkt, fiel der Ausschußanteil an der Gesamtproduktion von 29 auf 9 Prozent. Die Produktivität dage-

gen stieg allein in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres um mehr als 32 Prozent — angesichts der geringen zusätzlichen Kosten und im Vergleich zu den mageren vier Prozent, die die gesamte US-Industrie 1972 verbuchte, ein beachtliches Ergebnis.“<sup>9)</sup>

Meine bisherigen Äußerungen zum Sozialismus konnten und sollten den mehrmals von Thalheim vorgebrachten Einwand nicht entkräften, ich hätte den Sozialismus nur unzureichend definiert und kein genaues Bild von dieser künftigen Ordnung entworfen. Diesen Einwand will ich auch nicht entkräften, weil meines Erachtens überhaupt nichts gewonnen wäre, wenn ein Theoretiker eine Definition des demokratischen Sozialismus liefert und ein detailliertes Gemälde einer besseren oder idealen Ordnung ausmalt. Dagegen ist es notwendig, Mindestanforderungen an einen demokratischen Sozialismus zu stellen, wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft, Mitbestimmung.

Wenn ich also kein detailliertes Modell einer sozialistischen Ordnung entworfen habe, dann kann sich allerdings ein anderer Vorwurf Thalheims nicht auf mich beziehen, nämlich sein Hinweis auf „eine wissenschaftlich unhaltbare Methode“, „eine konkret existierende Ordnung, z. B. eine existierende unternehmerische Marktwirtschaft, einem idealtypischen Modell, z. B. einer Synthese von Sozialismus, Demokratie und Freiheit gegenüberzustellen“. (Thalheim a. a. O. S. 16) Der real existierende Kapitalismus ist in der Tat nicht darum begründet abzulehnen, weil in der Theorie ein besseres idealtypisches Modell als Alternative gefunden wurde; es ist vielmehr umgekehrt; die bei einer Analyse des real existierenden Kapitalismus erkennbaren Mängel dieses Systems begründen die Notwendigkeit, nach einer zu realisierenden Alternative zu suchen.

Alle drei Kritiker bezweifeln nicht nur, daß ein demokratischer Sozialismus auf Osteuropa übergreifen könnte, sie äußern sogar übereinstimmend die Befürchtung, daß eine Politik des demokratischen Sozialismus umgekehrt zur Anpassung der Bundesrepublik an die inneren Verhältnisse der DDR führen würde. Wichtiger als die Aufzählung weiterer Argumente für die These, daß ein Übergreifen des demokratischen Sozialismus auf Osteuropa wahrscheinlich wäre, eine Anpas-

<sup>9)</sup> Michael Jungblut, Rebellion gegen die Langleweiligkeit, in: Die ZEIT Nr. 14, 30. März 1973, S. 42.



sung der Bundesrepublik an die gegenwärtige innere Ordnung der DDR aber ausgeschlossen zu sein scheint, ist für mich folgender Hinweis: Auch die Kritiker der DDR halten es für unmöglich, daß eine Gesellschaftsordnung entstehen könnte, die sich sowohl von der westlichen als auch von der östlichen Ordnung grundsätzlich unterscheidet. Gegen die Konzeption des demokratischen Sozialismus erheben sie den Vorwurf, sie verfolge das Ziel, in der DDR die bestehende sozialistische Ordnung zu beseitigen und durch die im Westen existierende kapitalistische Ordnung zu ersetzen.

Wenn sowohl die westlichen als auch die östlichen Kritiker den Gedanken einer progressiven Konvergenz, bei der etwas Neues entsteht, übereinstimmend ablehnen, so scheint mir das trotz ihrer unterschiedlichen politischen Auffassungen auf eine gemeinsa-

me Denkhaltung zurückzuführen zu sein. Nämlich auf ein Denken, das nur die schon real existierende Wirklichkeit widerzuspiegeln vermag und daher annimmt, der Mensch könne nur zwischen schon real existierenden Alternativen wählen. Wenn konservative Denker davon ausgehen, der Mensch habe immer nur die Freiheit der Wahl zwischen schon existierenden Ordnungen, dann ist das nicht überraschend. Dagegen enthält sozialistisches Denken immer ein utopisches und antizipierendes Element, zeichnet es sich durch die Fähigkeit aus, etwas zu denken, was noch nicht real existiert. Wenn auch für Karl Marx die Fähigkeit, etwas zu denken, was noch nicht existiert und diesen geistigen Entwurf in die Wirklichkeit umzusetzen, zum schöpferischen Wesen des Menschen gehört, so schließt das offensichtlich aber nicht aus, daß manchen Marxisten diese Fähigkeit noch fehlt.

## Dokumentarischer Anhang

„Stimme der DDR“

Sendereihe:

„Wissenschaftliche Weltanschauung“

31. 1. 1973

Dr. Werner Rossade

## Friedliche Koexistenz — Antwort auf einige Fragen

Meine Hörerinnen und Hörer!

Auf unsere vorangegangenen Sendungen zum Thema „Friedliche Koexistenz“ hat die Redaktion außerordentlich viele Zuschriften erhalten. Heute sollen 2 Fragen im Mittelpunkt stehen, die eine Reihe von Hörern besonders interessieren.

Erstens: Warum sind maßgebliche Vertreter des Imperialismus genötigt, auf die Politik der friedlichen Koexistenz einzugehen?

Zweitens: Wie versuchen diese Kräfte unter Bedingungen, da sich die Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung immer stärker durchsetzen, ihre eigenen Klassenziele zur Geltung zu bringen?

Zur ersten Frage. Grundsätzliche Ausführungen dazu enthielten bereits die vorausgegangenen Beiträge in dieser Sendereihe — die Manuskripte liegen vor, sie können bei der Redaktion Wissenschaft angefordert werden. Wiederholt sei folgendes:

Die entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz ist die gewachsene Stärke des Sozialismus. Damit hat auch der Kampf um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher und gegensätzlicher Gesellschaftsordnung eine neue Qualität erreicht.

Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz — das wurde bereits dargelegt — hat die Außenpolitik der sozialistischen Sowjetunion gegenüber kapitalistischen Staaten vom ersten Tag der Ok-

toberrevolution an bestimmt. Das Entstehen und die Festigung des sozialistischen Weltsystems im Laufe der letzten drei Jahrzehnte brachten naturgemäß unvergleichlich größere Möglichkeiten für seine Durchsetzung in der internationalen Politik. Auch der Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung in einer Reihe kapitalistischer Länder, der Zusammenbruch des alten Kolonialsystems, das Entstehen junger Nationalstaaten schufen günstige Voraussetzungen dafür, den Machtbereich des kapitalistischen Weltsystems einzuschränken und die Politik der friedlichen Koexistenz als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen zur Geltung zu bringen.

Es wäre allerdings falsch, wollte man aus den unleugbaren Fortschritten bei der Durchsetzung dieser Politik etwa schließen, das internationale Monopolkapital, seine Politiker und Ideologen hätten auf ihre reaktionären Klassenziele ganz oder auch nur teilweise verzichtet! Das ist keineswegs der Fall, und deshalb — auch das sollte man im Auge haben — ist es notwendig, daß das sozialistische Lager bis zum Erreichen entscheidender Schritte in der internationalen Abrüstung auch militärisch stark ist. Der Imperialismus mußte sich ja gerade deshalb zu einem Eingehen auf die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten bequemen, weil das Risiko einer weltweiten militärischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus für ihn selbst zu groß geworden ist, weil eine solche Auseinandersetzung mit seiner endgültigen Vernichtung enden würde. Dabei spielt eben die militärische Stärke des Sozialismus, die auf seiner zunehmenden ökonomischen Macht und auf seiner politischen Geschlossenheit basiert, eine ausschlaggebende Rolle. Das Ziel der internationalen Reaktion besteht nach wie vor in der Vernichtung des Sozialismus, in der Ausschaltung aller revolutionären und demokratischen Bewegungen im eigenen Lager, in der Erhaltung der Abhängigkeit unterentwickelter Länder und ganzer Kontinente und der erneuten Versklavung der Völker, die ihre politische Unabhängigkeit errungen haben. Was sich geändert hat, sind nicht Wesen und Ziele des Imperialismus, sondern die Bedingungen, unter denen er diese Ziele durchzusetzen strebt.

Damit kommen wir auf unsere eingangs gestellte zweite Frage zurück: Wie versuchen imperialistische Kräfte unter den Bedingungen friedlicher Koexistenz, ihre unveränderten konterrevolutionären Absichten durchzusetzen?

Es entspricht dem Wesen des Imperialismus, daß seine Wortführer sich über ihre eigene historische Lage und die Perspektiven ihres Kampfes gegen den Sozialismus Illusionen machen. Sie gehen von der falschen Voraussetzung aus, durch entsprechende gezielte Einwirkung könnte ein „Wandel“ des Sozialismus in der Richtung herbeigeführt werden, daß sich der Antagonismus der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen zugunsten des Kapitalismus auflöst. Nach den Vorstellungen der imperialistischen Reaktion soll Inhalt der friedlichen Koexistenz sein, daß sich der reale Sozialismus immer mehr in eine der kapitalistischen Gesellschaft ähnliche und schließlich ganz analoge Ordnung verwandelt. Um das

zu erreichen, müßten „lediglich“ zwei „Hauptthemen“ im Sozialismus beseitigt werden: die politische Macht der Arbeiterklasse — damit auch die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei — und der Marxismus—Leninismus als herrschende Ideologie. Diese „Aufweichungstaktik“ wird in mancherlei Varianten vorgetragen. So erschien kürzlich in der BRD ein ausführlicher Grundsatzbeitrag eines sozialdemokratischen Politikwissenschaftlers namens Horst Heimann, der die wesentlichen Momente des gegenwärtigen Konzepts des „demokratischen Sozialismus“ für die Auseinandersetzung der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen konzentriert zum Ausdruck bringt. Dieses Konzept läuft, in einem Satz gesagt, darauf hinaus, daß sowohl der Kapitalismus als auch der Sozialismus im Sinne des „demokratischen Sozialismus“ reformiert werden müßten, wenn man zu Frieden, Sicherheit und letztlich zu der ungeteilten „einen Welt“ gelangen wolle und daß eine aktive Politik in dieser Richtung der friedlichen Koexistenz den eigentlichen Inhalt geben müßte.

Heimann kritisiert die „Wiedervereinigungs“-Konzeption der früheren, von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen, und zwar mit der bezeichnenden Begründung, sie habe „die Liberalisierung der DDR“ erschwert und damit „den Lebensinteressen der Deutschen im Osten“ geschadet. Mit dem Denunzieren der sozialen und politischen Ordnung der DDR schlechthin — im Sinne der alten „Rollback“-Strategie —, dann mit Programm und Taktik der Herstellung einer Kluft zwischen Partei der Arbeiterklasse und Bevölkerung habe sie das Gegenteil der angestrebten Ziele erreicht, nämlich — mit unseren Worten — eine Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes und der sozialistischen Ordnung statt ihrer beabsichtigten Zersetzung. Ein Wandel des Sozialismus sei jedoch nur zu bewerkstelligen mit der gesamten Bevölkerung „einschließlich der Funktionäre“, schreibt Heimann. Und weiter: „Nur wer die DDR grundsätzlich akzeptiert, kann sie im Detail verändern.“ In diesen Grundsätzen spricht sich die aktuelle strategische Orientierung des Antikommunismus deutlich aus. Ihre Eigenart gegenüber früheren Varianten besteht darin, daß die Bestrebungen zu einer „Transformation“ des Sozialismus im Sinne des Imperialismus jetzt auf die Gesamtheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung zielen.

Selbstverständlich ist das konterrevolutionäre Anliegen, die Partei der Arbeiterklasse von den werktätigen Massen zu trennen, nicht aufgegeben worden. Es bildet im Gegenteil einen zentralen Bestandteil der „Evolutions-Konzeption“ imperialistischer Globalstrategie, für die die Beseitigung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei eine erstrangige Voraussetzung der sogenannten „Liberalisierung“ der sozialistischen Verhältnisse d. h. ihrer allmählichen Rückführung in eine kapitalistische Ordnung darstellt.

Der Idealfall für den Imperialismus wäre natürlich, wenn sich die Partei gewissermaßen selbst aus einem Instrument der Diktatur des Proletariats in eine politische Organisation zur Wieder-

herstellung des Kapitalismus verwandeln würde. Das wurde bereits 1968 in der CSSR zu praktizieren versucht. Die damaligen Ereignisse gelten den imperialistischen Ideologen nach wie vor als Modellfall der Konterrevolution unter den gegenwärtigen Bedingungen. Daher auch die großen Hoffnungen, welche die Strategie und Taktik des sogenannten „Brückenschlages“ und der „tödlichen Umarmung“ auf den rechten Revisionismus setzt; sie sieht in ihm die entscheidende potentielle Reserve, den wichtigsten Bundesgenossen ihrer Bestrebungen. Und hier setzt auch die ideologisch-politische Funktion des „demokratischen Sozialismus“ an.

Die für den Imperialismus wünschenswerteste Variante der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, die unter den gegebenen Kräfteverhältnissen scheinbar risikoärmste für ihn wäre die, dem Sozialismus seine Selbstzerstörung zu suggerieren. Das aber ist offenkundig in erster Linie ein ideologisches Problem. Die allmähliche, schrittweise Zersetzung der sozialistischen Ordnung, wie sie dem gegenwärtigen Konzept der antikommunistischen Strategie entspricht, setzt an erster Stelle die faktische Beseitigung des Marxismus-Leninismus als herrschendes gesellschaftliches Bewußtsein in den sozialistischen Staaten voraus. Dies aber — so rechnen antikommunistische Ideologen

und Politiker — erfordert heute nicht vorrangig den Kampf mit offenem Visier; denn eine unverhüllt imperialistische Ideologie hat von vornherein keine Chance, in der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere auch in der — bevorzugt vom Klassegegner angesprochenen — Jugend oder gar in der Partei der Arbeiterklasse selbst Einfluß zu gewinnen. Das wissen diese Leute recht gut, und deshalb tun sie in ihrer Propaganda so, als sei ihnen lediglich daran gelegen, den real existierenden Sozialismus von ihm angeblich oder tatsächlich noch anhaftenden Mängeln zu „reinigen“ und so den Menschen, die in der sozialistischen Gesellschaft leben, zu ihrem wahren Glück zu verhelfen.

Aber auch ein solcher „verfeinerter“ Antikommunismus ist zum Scheitern verurteilt. Denn — und hier sei Erich Honecker von der 8. Plenartagung des ZK der SED zitiert — „so wenig die objektiven sozialökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse mit denen des Rates der Götter der kapitalistischen Monopole zu vereinbaren sind, so wenig sich die objektiven, sozialökonomischen Gegensätze zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaftsordnung überbrücken lassen, so wenig lassen sich auch die ideologischen Gegensätze zwischen Sozialismus und Imperialismus aus der Welt schaffen.“

Aus: IPW-Berichte, Nr. 2, 1973

Kurt Zeisler

## Neue Spekulationen zur Konvergenz auf dem alten „dritten Weg“

### Untauglicher sozialdemokratischer Versuch zur Effektivierung der Konvergenztheorie · Unter dem Deckmantel scharfer Kapitalismus-Kritik: Angriff auf die Macht und Ideologie der Arbeiterklasse

Wohl keine bürgerliche ideologische Konzeption hat im vergangenen Jahrzehnt in den kapitalistischen Ländern derart verbreitete Debatten und Kontroversen ausgelöst wie die unter der Bezeichnung Konvergenztheorie bekanntgewordene. Die Literatur hierzu ist kaum mehr überschaubar und wächst weiter an.

Mit ihr glaubte man einen Ersatz für die unglaublich gewordenen Doktrinen des traditionellen Antikommunismus gefunden zu haben, die den Sozialismus ohne Umschweife als glatte Unmöglichkeit, als Irrweg der Menschheit oder als Ausgeburt des Bösen schlechthin zu denunzieren suchten.

Die Konvergenzspekulation dient mit flexibleren Mitteln als die diskreditierten Doktrinen dem gleichen antikommunistischen Ziel: der Verleumdung des Sozialismus und der Glorifizierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dies macht offenkundig, daß die Konvergenzauffassung das Scheitern der imperialistischen Strategie des „Roll-back“ und die Ratlosigkeit der Strategie-

theoretiker des Imperialismus reflektiert, wie sich unter einem beträchtlich zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnis das unveränderte Ziel, die Beseitigung des Sozialismus, verwirklichen lasse. Unter diesen Bedingungen konnte die Imperialismus-Apologik sich offenbar zu keiner größeren „theoretischen“ Leistung aufschwingen als zu der eigentlich nicht neuen Spekulation, daß der welthistorische Gegner schon auf irgendeine Weise verenden werde. Aber in dem Maße, in dem die imperialistischen Politiker und Strategietheoretiker einsehen müßten, daß die Hoffnung auf ein automatisches Ende des Sozialismus reine Illusion war, daß die Gesellschaft der Zukunft im Gegenteil sichtbar erstarkte und ihre Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus entfaltete, verlor die „naive Konvergenzthese“<sup>1)</sup> an Wirkung und ideologischem Einfluß. Konfrontiert mit der sozialistischen Realität, erlitt

1) Ch. Graf v. Krockow, Der Wettkampf der Systeme. Betrachtungen über eine mögliche Konvergenz, in: Geist und Tat, Frankfurt (Main), 3/1971, S. 148

sie das unausweichliche Schicksal aller antikommunistischen Doktrinen: Sie unterlag einem verzehrenden Verschleiß.

### Von der automatischen Konvergenz zur Diversion

Unter einigem Aufwand an bürgerlichen soziologischen Konstruktionen und absichtsvollen Fehlinterpretationen und Fälschungen der realen sozialen Prozesse in der sozialistischen Gesellschaft entwickelten imperialistische „Kommunismusforscher“ und Strategietheoretiker die Konvergenzspekulation daraufhin allmählich zur ideologisch-theoretischen Grundlage einer strategischen Konzeption imperialistischen Kampfes weiter, die die bankrotten Strategien des „Eindämmens“ und „Zurückrollens“ des Sozialismus ablöste. Durch aktive imperialistische Einwirkung sollte erreicht werden, was sich spontan ganz offensichtlich nicht vollzog.

Zu einem erstrangigen, bewußt angewandten Mittel der veränderten imperialistischen Strategie wurde die ideologische Diversion, wurde der Versuch, vor allem unter Nutzung der modernen technischen Möglichkeiten bürgerliche Ideologie aller Schattierungen massenhaft in die sozialistischen Staaten zu exportieren. Die Auffassung, „nach der Politik überflüssig ist“, wurde durch eine Konzeption ersetzt, nach der das imperialistische Ziel „nicht mehr fatalistisch von den objektiven Gesetzmäßigkeiten der Industriegesellschaft erwartet werden muß, sondern zum bewußten Ziel politischen Handelns gemacht werden kann“<sup>2)</sup>. Dieser strategischen Konzeption liegt die für imperialistische Ideologen und Strategietheoretiker gewiß unbequeme Einsicht zugrunde, daß es „keinen Sachzwang zur Konvergenz (gibt), der zielstrebiges politisches Handeln überflüssig macht“<sup>3)</sup>.

Das war der bestimmende Ausgangspunkt für die Umforschung der Konvergenzspekulation, die nun zur ideologisch-theoretischen Begründung der imperialistischen Strategie der Zersetzung und Unterwanderung des Sozialismus wurde. Diese Strategie bringt einerseits die Defensivposition des Imperialismus, andererseits seine grundsätzlich unveränderte antikommunistische Zielsetzung zum Ausdruck und ist als Evolutionskonzeption bekanntgeworden.<sup>4)</sup>

Auch gegenwärtig, da der Imperialismus unter dem Eindruck der Stärke und Autorität des Sozialismus und einer wachen friedliebenden Weltöffentlichkeit die Politik der friedlichen Koexistenz akzeptieren muß, hält er an dieser strategischen Konzeption fest. Es ist nicht zu übersehen, daß imperialistische Politiker auf Vereinbarungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch mit der Absicht eingehen, „sie nach Möglichkeit für das Eindringen der bourgeoisen

Gedankenwelt in die sozialistischen Länder zu mißbrauchen“<sup>5)</sup>. Sie möchten „die sich entwickelnden neuen Möglichkeiten internationaler und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit ... für die beabsichtigte ideologische Unterwanderung der sozialistischen Staaten ... nutzen“<sup>6)</sup>. Gerade das ist der Sinn ihrer Losung vom Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen, die von Politikern, Ideologen und den Massenmedien kapitalistischer Länder, darunter der BRD, gegenwärtig und nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz so auffallend stark propagiert wird.

Aber bereits Wilhelm G. Grewe, der sich neben seiner langjährigen diplomatischen Tätigkeit im Dienste des Imperialismus der BRD auch als Verfasser von Büchern über die Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen betätigt, hat vor drei Jahren die Aussichten der gegenwärtigen antisozialistischen Strategie als „ungewisse Chance“ bezeichnet. Immerhin, fügte er hinzu, sei sie „besser als die völlige Resignation“<sup>7)</sup>.

Wir wissen natürlich, daß der Imperialismus, solange er existiert, die Hoffnung nicht aufgeben wird, den Sozialismus doch noch aus der Welt schaffen zu können. Sein Wesen hat sich ja keineswegs verändert. Und da sich die Perspektivlosigkeit der gegenwärtigen Konzeption des antikommunistischen Kampfes immer deutlicher abzeichnet, ist zu erwarten, daß weitere strategische und ideologische Varianten entwickelt werden.

### Konvergenz auf einem „dritten Weg“

Die ersten derartigen Versuche liegen bereits vor, kürzlich wurde aus der Feder Walter Möllers und Fritz Vilmars — ein Buch mit dem ebenso anspruchsvollen wie irreführenden Titel „Sozialistische Friedenspolitik für Europa“<sup>8)</sup> veröffentlicht. In ihm werden Ansichten jener vielfältig schattierten linken Kräfte in der SPD dargelegt, deren Kreisen die Parteiführung nicht zum ersten Male vordenkerische Arbeiten zur flexiblen Gestaltung der offiziellen sozialdemokratischen Politik verdankt. Das Buch wird auch ausdrücklich als „Beitrag zur aktuellen Politik der SPD“ bezeichnet (S. 9).

Über den heillosen Illusionismus der ursprünglichen Konvergenzauffassung sind sich diese Kräfte, wie es scheint, durchaus im klaren. Die naive Konvergenzvorstellung unterschlägt „das faktische wie theoretische Konfliktpotential zwischen den beiden Gesellschaftssystemen“ (S. 91).

Auch die verbreiteten Hoffnungen imperialistischer Strategieplaner, Politiker und nicht zuletzt kapitalistischer Großunternehmer, die sozialistische Gesellschaft mit Hilfe ausgedehnter wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Beziehungen in

2) H. Heimann, Demokratischer Sozialismus in Ost und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie, in: Das Parlament, Bonn, 2. 9. 1972, Beilage, S. 24  
3) Ebenda, S. 17

4) K. Zeisler, Die Evolutionskonzeption imperialistischer Kommunismusforschung, in: IPW-Berichte, Berlin, 4/1972, S. 34 ff.

5) A. Norden, Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus, Ber.in 1972, S. 50

6) K. Hager, Zu Fragen der Kulturpolitik der SED, 6. Tagung des ZK der SED, 6./7. Juli 1972, Berlin 1972, S. 61

7) W. G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis in internationalen Beziehungen, Düsseldorf—Wien 1970, S. 614

8) W. Möller/F. Vilmars, Sozialistische Friedenspolitik für Europa. Kein Frieden ohne Gesellschaftsreform in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1972. — Angegebene Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch

ihren ökonomischen Grundlagen allmählich zu untermindern, halten sie für wenig begründet. Die ökonomische Unterwanderung könne die Beseitigung der politischen Grundlagen des Sozialismus lediglich vorbereiten. Hierbei allerdings messen sie ihr große Bedeutung bei. Es wird den Monopolherren freilich geraten, ihre über das unmittelbare Profitinteresse hinausgehenden Motive tunlichst nicht so offen zu verkünden (S. 111-113). Auf der Suche nach Möglichkeiten, Einfluß auf die politischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu gewinnen, um sie zu verändern, spekulieren sie, wie seit eh und je die ganz ordinären antikommunistischen Konterrevolutionäre, auf vermeintliche Hilfstruppen, gleichsam fünfte Kolonnen der Konterrevolution. Diese — für manipulierbar gehaltene Jugendliche, Studenten in erster Linie, Repräsentanten revisionistischer Bestrebungen — stilisieren sie zu erstrangigen geschichtsbildenden Kräften. Sie sollen die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Partei beseitigen und an deren Stelle ihre eigene Macht setzen. Zwar sehen die Autoren des Buches keine Möglichkeit, ihren potentiellen konterrevolutionären Offizieren auch eine Armee in Aussicht zu stellen. Aber eine Fahne wenigstens wollen sie ihren erhofften Offizieren geben. Sie empfehlen ihnen, unter der Losung eines „demokratischen Sozialismus“ ins Feld zu ziehen.

Das ist nicht neu; dergleichen war von prominenten sozialdemokratischen Politikern und Ideologen schon häufig zu hören, und unverhohlene Wortführer des Imperialismus stimmen darin mit ihnen völlig überein. Es handelt sich um eine Erscheinung, die geschichtliche Parallelen hat: Lenin hatte darauf hingewiesen, daß der theoretische Sieg des Marxismus dessen Gegner zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden<sup>9)</sup>. Heute zwingen die Erfolge des Sozialismus dessen Gegner, sich als Sozialisten auszugeben. Die Geschichte kennt auch bereits genügend gescheiterte Versuche, mit Hilfe dieser Mimikry konterrevolutionäre Ergebnisse zu erzielen.

### Illusionäre Hoffnung auf Läuterung des Imperialismus

Die Verfasser erkennen anscheinend klarer als andere Sozialdemokraten, daß es aussichtslos ist, sich als Wortführer des Sozialismus auszugeben, wenn man nicht zumindest auf die Absicht verweisen kann, die kapitalistische Profitwirtschaft im eigenen Lande bekämpfen zu wollen. Daher finden sie durchaus kritische Worte zu deren Kennzeichnung, so, wenn sie als Mängel — freilich sehr unvollständig — aufzählen: „... die aus den Milliardenbeiträgen privater Profitanhäufung erwachsende politische (parteiliche, pressepolitische, wahlpolitische) Macht, die Abhängigkeit einer Regierung vom goodwill der ökonomischen Machtelite, ihrer Investitions- und Preispolitik; die katastrophale Vernachlässigung der öffentlichen Aufgaben bei gleichzeitiger organisierter Verschwendung infolge der Tendenz zur Überproduktion aufgrund der Anhäufung unverwertbaren Kapitals in den Händen der Produktionsmittelbesitzer; die Tendenz zu überhöhten staatlichen Rük-

stungsbestellungen als Form dieser organisierten Verschwendung ...“ (S. 101).

Das Buch reflektiert auf seine Weise die erzwungene Einsicht flexiblerer Antikommunisten, daß die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ein Kampf diametraler Gesellschaftsordnungen ist und daß der Kapitalismus in diesem Kampf mit der „entscheidenden geschichtlichen Herausforderung des Jahrhunderts — der Herausforderung des Sozialismus“<sup>10)</sup> konfrontiert ist.

Die Verfasser sprechen sich dafür aus, den Sozialismus „endlich als eine ernst zu nehmende Herausforderung“ zu begreifen (S. 112).

Sie haben sich auch einen hinreichend klaren Blick bewahrt, um die prinzipielle Überlegenheit des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln gegenüber der kapitalistischen Eigentumsform anzuerkennen. So müssen sie zugeben, „daß Gesellschaften ohne profit- und absatzorientierte Ökonomie, ohne irrationalen Vergeudungskonsum und private Kapitalakkumulation wesentlich besser in der Lage sind, menschenwürdige Infrastrukturen zu schaffen“ (S. 123). Derartige Einsichten unterscheiden sie von anderen bürgerlichen und sozial-demokratischen Ideologen, die noch an der mystifizierenden Legende festhalten, daß die Form des Eigentums an den Produktionsmitteln keine Bedeutung für die soziale und politische Struktur der Gesellschaft habe oder die sogar den Kapitalismus als höchste und effektivste aller denkbaren Produktionsweisen ausgeben.

Das Buch ist Ausdruck der verbreiteten Bestrebungen in der internationalen Sozialdemokratie, die illusionären Positionen eines „dritten Weges“ neu zu beleben und deutlicher zu profilieren. Auch diese Bestrebungen stellen offensichtlich einen ideologisch-politischen Reflex auf die wachsende Stärke des Sozialismus und die unübersehbare tiefe Krise des Kapitalismus dar, und Möller/Vilmar vertreten engagiert die Auffassung, daß die Sozialdemokratie nur dann ihre Funktion in der internationalen Klassenausinandersetzung erfüllen könne, wenn sie diese Position glaubhaft zu machen vermöge. Einer der Anhänger dieser Auffassung bringt ihre Zielsetzung auf die Formel: „Denn nur wenn sich die westlich-kapitalistische Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus entwickelt, können sich in Osteuropa die Anhänger eines demokratischen Sozialismus ... durchsetzen“<sup>11)</sup>.

Den objektiven Klassencharakter und den Illusionismus der Position eines „dritten Weges“ hat die Geschichte, nicht zuletzt die der Weimarer Republik, wiederholt offenkundig gemacht. Auch die gegenwärtig von Sozialdemokraten regierten kapitalistischen Staaten liefern unwiderlegbare Beweise. Nirgendwo sind Anzeichen für die Einschränkung, geschweige für Bestrebungen zur Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft zu erkennen. Selbst konservative Interessenvertreter des

<sup>9)</sup> W. I. Lenin, Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 578

<sup>10)</sup> M. Suslow, Die KPdSU — Partei des schöpferischen Marxismus, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 8

<sup>11)</sup> H. Heimann, a. a. O., S. 20

Kapitalismus vermögen das bei allen taktischen Vorbehalten nicht ernsthaft zu behaupten. Claqueure des „dritten Wegs“ hätten also in der BRD ein weites Betätigungsfeld, wollten sie helfen, jene Übel des Kapitalismus zu bekämpfen, die sie so treffend brandmarken. Aber tatsächlich demonstrieren sie, daß sie aufgrund ihrer realen Klassenposition keine politisch praktikablen Schlußfolgerungen aus der realistischen Einsicht zu ziehen vermögen, daß das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln der kapitalistischen Eigentumsform überlegen ist. Denn niemand, der realistisch denkt, wird ihre Ansicht teilen, es genüge, auf die Bereitschaft der Monopolbourgeoisie zu hoffen, von der unproduktiven Rüstungspolitik abzugehen und Mittel für infrastrukturelle Stabilisierungsmaßnahmen bereitzustellen, um die Grundlagen der kapitalistischen Profitwirtschaft zu überwinden. Nicht minder utopisch ist die Auffassung, dieses Ziel könne mit „friedenspädagogischen“ Mitteln, durch die geistige „Umorientierung“ eines Teils der Kapitalbesitzer erreicht werden. Das aber sind die Rezepte, die allen Ernstes angeboten werden (S. 120).

### Untaugliches Rezept zur Sicherung des Kapitalismus und zur Beseitigung des Sozialismus

So ordnet sich die mit einigem Aufwand propagierte Konzeption ein in die bekannten sozialdemokratischen Reformvorstellungen, mit denen dem Kapitalismus in seiner unüberwindbaren Krise das Überleben gesichert und nicht zuletzt seine Funktionsfähigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus erhöht werden soll. Darin erschöpft sich die ambitionierte „kapitalismuskritische“ und antikommunistische Konzeption dieser Sozialdemokraten.

Bleibt nach den fragwürdigen Prämissen ein Blick auf die nicht minder spekulativen Perspektiven zu werfen, die Möller/Vilmars Konzeption ausmalt. Nachdem einerseits ein als „demokratischer Sozialismus“ firmierter reformierter Kapitalismus herbeigeführt und andererseits die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in den sozialistischen Staaten beseitigt sei, sollen beide Gesellschaften intensiv voneinander lernen und auf diese Weise einander ähnlich werden. Da der Konvergenzbegriff den Verfassern offenbar zu diskreditiert ist, erfinden sie für diesen angestrebten Prozeß einen neuen: Kommulation. Sie definieren ihn als „Vorstellung und Forderung der Annäherung durch gemeinsame Gesellschaftsreform“ (S. 118). So unterscheidet sich der Inhalt des neuen Begriffs nicht von der als Evolutionskonzeption bekannten modifizierten Konvergenzauffassung: Konvergenz als Ergebnis der angestrebten Beseitigung der politischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, d. h. der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Alter Wein in nicht einmal neuen Schläuchen.

Wer den Sozialismus, unter welcher Flagge auch immer, beseitigen möchte, dem liegt naturgemäß daran, sozialistisches Bewußtsein durch bürgerliche Ideologie zu verdrängen. Er möchte das We-

sen des Kapitalismus und den Charakter der Auseinandersetzung zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft verschleiern. Die Anhänger der neuen Konvergenz-Variante machen da keine Ausnahme. Die Forderung nach ideologischer Koexistenz ist eine wesentliche Komponente ihrer Konzeption. Die Verfasser geben vor, die Gegensätze zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaften seien vornehmlich ideologische Gegensätze, und es komme daher darauf an, sie durch die Preisgabe der marxistisch-leninistischen Ideologie aus dem Weg zu schaffen. So proklamieren sie die Losung „Abbau der offiziellen ... Ideologien“ (S. 97). An die Stelle eines begründeten Klassenstandpunktes möchten sie das irregeleitete Bewußtsein setzen, „daß der ‚Feind‘ innen sich befindet“ (S. 98). Als Gegenleistung bieten sie den Abbau des ohnehin weitgehend diskreditierten groben Antikommunismus und dessen Ersetzung durch jene Variante flexiblen Antikommunismus an, die sie demonstrieren. Aber „sowenig die objektiven, sozialökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse mit denen des Rates der Götter der kapitalistischen Monopole zu vereinbaren sind, sowenig sich die objektiven, sozialökonomischen Gegensätze zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaftsordnung überbrücken lassen, sowenig lassen sich auch die ideologischen Gegensätze zwischen Sozialismus und Imperialismus aus der Welt schaffen“<sup>12)</sup>.

Der Antikommunismus und Illusionismus dieser Konzeption sind gleichermaßen offensichtlich.

Eine Bemerkung ist noch vonnöten: Die Anhänger dieser Konvergenz-Variante bekennen sich auch zur friedlichen Koexistenz. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sind aber unteilbar. Zu ihnen gehört auch die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die Verfasser aber sprechen unverhohlen „von einem intensiven Wettbewerb um Einfluß und Geltung in der dritten Welt wie auch im Gegensystem“ (S. 116).

Die sozialistischen Staaten halten die friedliche Koexistenz nicht für eine Idylle. Sie bekennen sich zu ihr als einer Form des Klassenkampfes, der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus und wissen insbesondere, daß es auf dem Felde der Ideologie niemals einen Waffenstillstand geben kann. Aber sie sind der Auffassung, daß die Auseinandersetzung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu führen ist. Dies bedeutet: Verzicht auf Mittel der Gewalt, insbesondere auf Waffengewalt, und Verzicht auf Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Es bedeutet dagegen in keiner Weise irgendeinen Abstrich in der Unversöhnlichkeit der sich antagonistisch gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme. Folglich wird es keine Konvergenz dieser Systeme geben. Auch künftige Varianten der bürgerlichen Konvergenztheorie vermögen daran nichts zu ändern.

<sup>12)</sup> E. Honecker, Das Volk der DDR kann mit Zuversicht die Schwelle zum Jahr 1973 überschreiten, in: Neues Deutschland, Berlin, 8. 12. 1972